

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 10. Oktober 1931

35. Jahrgang

Nummer 41

Ein gewerkschaftliches Waffenarsenal für den Kampf um die Vierzigstundenwoche

Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. Zu den Millionen schon vorhandener Arbeitsloser gesellen sich beinahe täglich neue Tausende. Not und Elend der Arbeitslosen nehmen ständig zu. In steigendem Maße bemächtigt sich ihrer eine Verzweiflungstimmung. Es grollt in der Tiefe. Wie lange wollen Regierung und Unternehmertum die Dinge noch treiben lassen?

Bisher hat die Reichsregierung nur Worte gehabt, das Unternehmertum — nur Gegenargumente.

Dagegen ist man sich in allen sozialdenkenden und sich für das Allgemeinwohl verantwortlich fühlenden Kreisen des deutschen Volkes längst darüber klar, daß man die Dinge nicht weiter treiben lassen darf, wenn nicht noch schlimmeres Unheil über die deutsche Wirtschaft hereinbrechen soll, als es bisher schon geschehen ist. Den ewig wiederholten „Bedenken“ des Unternehmertums muß endlich die Tat, die befreiende Tat, gegenübergestellt werden: die gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche!

Man sollte eigentlich meinen, daß über die Notwendigkeit dieser Maßnahme heute, abgesehen von dem kleinen aber mächtigen Kreise der grundsätzlichen Gegner jedes sozialpolitischen Fortschritts, keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Dennoch ist es der Fall und es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß an den maßgebenden Stellen diese Bedenken noch immer ernst genommen werden als sie es verdienen. Es ist, als wüßte man namentlich in der Reichsregierung nichts davon, daß die Gegner der Vierzigstundenwoche schon immer, solange es eine Sozialpolitik gibt und solange es insbesondere eine Problematik der Arbeitszeit gibt, sich immer und immer gegen jeden sozialen Fortschritt in dieser Frage gewehrt — und ihn immer mit denselben Argumenten bekämpft haben, die sie auch jetzt geltend machen. Man scheint insbesondere nicht zu wissen, daß diese Argumente, so oft sie auch geltend gemacht wurden, noch stets durch die Tatsachen widerlegt worden sind. Sie wurden auch dadurch nicht belehrt, daß sie sich der Argumentation der Gewerkschaften früher oder später doch immer haben beugen müssen. Freilich immer nur gezwungen, niemals der besseren Einsicht folgend: freiwillig.

Heute nun liegen die Dinge leider so, daß der Macht der Gewerkschaften — nicht zuletzt verschuldet durch einen politisch irreführenden erheblichen Teil der Arbeiterschaft selbst — harte Grenzen gezogen sind. Es kommt daher heute mehr als je darauf an, den Kampf um die zur Zeit vornehmste und wichtigste Forderung der Gewerkschaften in der Arena des politischen Kampfes auszutragen und durch eine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung diese reiflos von der Notwendigkeit dieser Forderung zu überzeugen. Auf diesem Wege wird und muß es zuletzt auch gelingen, die Reichsregierung endlich zur entscheidenden Tat zu drängen. Diese Hoffnung dürfte um so mehr begründet sein, als es sich bei dem Vorgehen der Gewerkschaften ja nicht darum handelt, diesen eine „neue Machtposition“ zu erobern bzw. um im Sinne ihrer Gegner zu reden: die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ zu stärken, sondern um eine Maßnahme, deren Durchführung in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht

leiblich dem Wohle des Volksganzen zu dienen geeignet ist. Sie, die Gewerkschaften, befinden sich damit in erfreulichem Gegensatz

zur Politik des Unternehmertums, das immer nur die Wahrung seines privatwirtschaftlichen Interesses im Auge hat.

Von einem gewerkschaftlichen Waffenarsenal für den Kampf um die Vierzigstundenwoche sprachen wir oben. Um ein solches handelt es sich in der Tat. Es ist die Schrift, die der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Frankfurter Gewerkschaftskongress¹ herausgebracht hat. In dieser Schrift ist in positiver Weise, nicht in Form einer billigen Polemik, alles an wissenschaftlichem, volkswirtschaftlichem, statistischem, bildungspolitischen, sozialhygienischem und sozialpolitischem Material zusammengetragen, was zur Frage der Vierzigstundenwoche nur irgendwie gesagt werden kann. Da wird von sachkundiger Seite die Weltwirtschaftskrise beleuchtet, ferner die Katastrophe am Arbeitsmarkt und ihre Ursachen, Bevölkerungszunahme und Arbeitsmarkt. Es hat ja Leute gegeben, die uns auf die Auswirkungen des Geburtenausfalles in den Kriegsjahren hingewiesen haben, die den Arbeitsmarkt nicht nur ins Lot bringen, sondern sogar Mangel an Arbeitskräften zeitigen würden. Von gewerkschaftlicher Seite wurde damals schon, es war vor ungefähr zehn Jahren, erklärt, daß diese Auswirkung durch die fortschreitende Technik vollkommen paralysiert, wenn nicht überholt werden würde. Wir haben — leider! — recht behalten.

In der Schrift werden ferner behandelt die Fragen der Arbeitsproduktivität und Produktionssteigerung, die Verschwendung von Kapitalien und Arbeitskraft, natürlich auch die Aufgabe der Kapitalfehlleitungen und der Kapitalbildung. Die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit erfahren nach allen Seiten hin eine eingehende Beleuchtung. Selbstverständlich werden die Probleme der Rationalisierung und des Arbeitskraftverbrauchs kritisch behandelt. Ein ganzer Abschnitt der Schrift ist der Frage Arbeitszeit und Betriebszeit, ob die geforderte Arbeitszeitverlängerung praktisch durchführbar und ob sie international oder national durchgeführt werden kann, gewidmet. Die Antwort ist: „Ja! Sie ist durchführbar!“ — Damit ist der Inhalt der Schrift noch längst nicht erschöpft. Es gibt kein Argument gegen die sofortige gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche, das in dieser Kampfschrift nicht in objektiver und wissenschaftlich vorzüglich begründeter Weise widerlegt würde. Deshalb sollten alle, die keine politische Katastrophe und keine Katastrophopolitik und an der Verhütung solcher mitarbeiten wollen, die genannte Schrift lesen und bei ihrer Tätigkeit benutzen. Sie wird ihnen gute Dienste leisten.

Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß mit der Einführung der Vierzigstundenwoche die gegenwärtige Krise behoben werden könnte. Aber man sollte trotzdem ihre Einführung nicht mehr auf die lange Bank schieben, damit die Arbeiterschaft sieht, daß man in der deutschen Republik nicht nur für verkehrte Banken und rüdfällige Großgrundbesitzer zur Hilfeleistung bereit ist, sondern auch für ihre weit größere Notlage, die die Notlage der großen Volksmehrheit ist, Verständnis hat.

Also: Her mit der Vierzigstundenwoche!

¹ Die Vierzigstundenwoche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsertrag und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14.

Zur beruflichen Lage

Weite Unternehmerränge der deutschen Natursteinindustrie geben der Arbeitnehmerschaft Anlaß zu schweren Klagen. Lohn- und Arbeitsverträge scheinen für diese Kreise nicht mehr zu existieren. Wo Tarife bestehen, hat eine ganz willkürliche Auslegung Platz gegriffen. Untertarifliche Entlohnung und Weiterleitung der Aufträge an Unteraffordanten zwecks Umgehung der Tarifverträge ist ziemlich verbreitet. Ebenso werden die gesetzlichen Schutzvorschriften vielfach umgangen. Die Ausübung des Mißbestimmungsrechts wird unterbunden, indem bei den vielfachen Stilllegungen die alten Betriebsratsmitglieder nicht wieder eingestellt werden. Jahraus, jahrein bleiben sehr große Teile dieser Funktionäre, die nur ihre gesetzliche Pflicht erfüllt haben, auf der Straße, zur Abschreckung für die übrigen Kollegen.

Durch diese Maßnahme ist es bereits so weit gekommen, daß sich keine Steinarbeiter mehr finden zur Ausübung dieser Funktionen, aus Furcht vor dauernder Arbeitslosigkeit. Die Haltung dieser Unternehmer ist nur deshalb möglich, weil ihnen die Aufträge sicher sind, oder auch, weil die Auftraggeber voraussetzen, daß die tariflichen und gesetzlichen Schutzbestimmungen eingehalten werden. Als Auftraggeber für die Industrie kommen fast ausschließlich nur die Staats-, Provinzial-, Kommunal- oder sonstigen Baubehörden in Betracht. Die Zusammenarbeit mit all diesen Behörden müßte schon allein den Unternehmern der Natursteinindustrie die moralische Pflicht auferlegen, für geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Alle unsere dahingehenden Maßnahmen, die geschilderten Mißstände abzustellen, bleiben jedoch erfolglos, insolge der außerordentlich schlechten Arbeitsmarktlage und der Haltung dieser Arbeitgeberkreise.

Der Steinarbeiterverband hat sich daher unter Darlegung dieser Zustände an die auftraggebenden Behörden, die nach seiner Ansicht ebenfalls ein Interesse an geordneten Arbeits- und Betriebsverhältnissen haben, um Unterstützung gewendet und sagt dann in seinem Hinweis weiter: Wir gehen dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß die Behörden, die die Interessen aller wahrzunehmen und die teilweise die bestehenden Schutzbestimmungen mit geschaffen haben, auch für deren loyale Beachtung und Durchführung mit Sorge tragen müssen. Bitten deshalb ebenso höflich wie dringend, bei Vergabe von Steinlieferungen gleich welcher Art die Lieferanten zu verpflichten, nachstehende Richtlinien, die teilweise schon in

der Reichsverdingungsordnung als zwingende Vorschrift enthalten sind, zu beachten:

1. daß den Unfallverhütungsvorschriften und den sonstigen gesetzlichen Schutzbestimmungen voll entsprochen wird,
2. daß der Arbeiterschaft hinsichtlich der Durchführung ihrer Rechte aus dem Betriebsratgesetz keine Schwierigkeiten bereitet werden,
3. daß die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt sind und diese loyal eingehalten werden,
4. daß eine Weitervergebung der übernommenen Arbeiten an Unteraffordanten nicht statthaft ist,
5. daß Verstöße gegen vorstehende Bestimmungen sowie die Umgehung bestehender Tarifverträge die Berechtigung zur sofortigen Entziehung der Aufträge in sich schließen.

Zu vorstehenden Wünschen sei gleichzeitig betont, daß wir von den verehrl. Baubehörden nicht im entferntesten etwaige Beeinflussungen der Lieferanten hinsichtlich der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen verlangen. Wir wollen nur, daß die Steinindustriellen angehalten werden, geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Letzteres liegt, wie bereits betont, auch im Interesse der Auftraggeber.

Die Arbeiterschaft der Natursteinindustrie gibt sich daher der Hoffnung hin, die Unterstützung der Behörden zu finden, und ist der Ansicht, daß die gewünschten Maßnahmen nicht nur vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom sozialen und kommunalen Standpunkt aus gerechtfertigt und ihre Durchführung erforderlich ist.

Daß in der deutschen Republik noch solche Darstellungen über das Verhalten der Arbeitgeber an die Baubehörden geleitet werden müssen, um die Erpressberechtigung einer Arbeitergruppe nicht ganz untergehen zu lassen, ist gewiß bedauerlich. Bedauerlich, weil Selbstverständlichkeiten durch die Profitgier beiseite geschoben werden, was die Steinarbeiter und die Straßenbauarbeiter sich nicht gefallen lassen. Je umfangreicher und geschlossener nun die genannten Arbeitergruppen zum Verbands stehen, desto mehr Nachdruck wird solchen Eingaben verliehen, die vielleicht auch manchen Unternehmer resp. Arbeitgeber zur Revidierung seines rückläufigen Standpunktes veranlassen.

Zur Lage der deutschen Wirtschaft

läßt sich erneut Dr. Andres, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie in „Der Deutsche Steinbildhauer“, Nr. 27, aus. Anschließend bringt die gleiche Unternehmerzeitschrift einen Artikel des ihm, zugleich der bayrischen Belange, leerenverwandten Dr. Steinlein mit der Ueberschrift: „Kann noch geholfen werden?“ Beide bringen die Unternehmerinteressen wieder so kraß zum Ausdruck, „daß wohl auch denjenigen die Augen geöffnet werden“, die (wie im christlichen und im gewertvereintlichen Lager) noch an so etwas wie Volksgemeinschaft geglaubt haben. Leider reicht der verfügbare Raum des „Steinarbeiter“ nicht aus, um alle Verfehrtheiten und Verdrehungen dieser „Wirtschaftsführer“ zu widerlegen und richtigzustellen. Aber ganz unwillkürlich dürfen ihre Feststellungen und Schlussfolgerungen doch nicht hingenommen werden.

Es ist gewiß nicht richtig, daß nur die Reparationsfrage schuld ist an der deutschen Not. Richtig ist vielmehr, daß die deutsche Wirtschaftskrise nur einen Teil der Weltwirtschaftskrise darstellt, wobei allerdings die Reparationsleistungen erschwerend ins Gewicht fallen. Wäre die Weltwirtschaftskrise nicht ausschlaggebend, so müßte ja mit dem Beginn des Reparations-Jahres auch eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands begonnen haben, wovon jedoch in den unteren und mittleren Volksschichten nichts zu merken ist. Auch die Zusammenbrüche verschiedener nationaler und internationaler Banken sprechen nicht für die Unternehmertese, während die Stützung der privaten Banken mit Staatsmitteln die Unfähigkeit privatkapitalistischer Selbsthilfe erweist. Gegen die „Sozialisierung“ bankrotter privatkapitalistischer Unternehmungen hat man auch im gegnerischen Lager nicht das geringste einzuwenden, um so häufiger wendet man sich gegen die Unternehmungen der öffentlichen Hand, weil sie den Profitinteressen des privaten Unternehmertums zuwiderlaufen. Das Wüten gegen die öffentliche Hand ging sogar soweit, daß beispielsweise Dr. Andres in dem Drosseler des Staats- und Gemeindefredits, Dr. Schacht, den Retter der privatkapitalistischen Wirtschaft sah, obgleich eine der verheerendsten Folgen dieser Drosselungspolitik die fast vollständige Lahmlegung des deutschen Straßenbaues, insbesondere des Steinstraßenbaues, war. Ob Dr. Andres diesen Standpunkt auch jetzt noch einnimmt, nachdem der Alt abgesetzt wurde, auf dem der größte Teil der Steinindustrie und der Steinstraßenbau in seiner Gesamtheit gesehen hat, ist fraglich, wenn es seiner bisher an den Tag gelegten Ignoranz auch zuzutrauen wäre. Etwas scheint er allerdings schon eingelenkt zu haben, denn ein leichtes Bedauern, daß trotz aller ministeriellen Bemühungen keine Anleihen aufzustand gekommen sind, lugt auch uneingestanden zwischen seinen Zeilen heraus. Seine Berufung auf die Selbsthilfe entspringt daher auch mehr der Not, als dem eigenen Triebe. Bevor wir uns jedoch mit der von Dr. Andres empfohlenen Selbsthilfe beschäftigen noch einige Worte zu dem bisherigen Mißlingen der erforderlichen Anleihen. Dr. Andres schreibt:

„Kein Gläubiger wird einem Schuldner Geld leihen, wenn er sieht, daß von dem Schuldner eine derartige Wirtschaft getrieben wird, daß er in wenigen Jahren wiederum für die Kontursanmeldung reif sein wird. Wenn diese dunkelste Stunde, die wir eben durchmachen, uns zum Segen gereichen soll, so wird man wohl noch nicht einmal bedauern können, daß wir im gegenwärtigen Augenblick wenigstens keine kurzfristigen Anleihen erhalten. Denn die Katastrophe, die durch das Abziehen der ausländischen Gelder aus der deutschen Wirtschaft entstanden ist, hat gezeigt, daß es unmöglich ist, langfristige Anlagen in der Wirtschaft mit kurzfristigen Krediten zu finanzieren. Von diesem Fehler wird wohl die deutsche Wirtschaft, und wird vor allem wohl auch die öffentliche Hand in Deutschland für die Zukunft gelehrt sein.“

Kein Wort der Beurteilung über die Kapitalflucht, über die Verfluchtung deutschen Kapitals ins Ausland, obgleich die verschobenen Summen ebenfalls in die Milliarden gehen. Kein ausländischer Kapitalist wird der deutschen Wirtschaft Geld leihen, wenn deutsche Kapitalisten „ihre“ Gelder aus der deutschen Wirtschaft herausziehen und es in ausländischen Werten anlegen.

Und nun zur Andres'schen Selbsthilfe:

„Es kann kein Zweifel sein, daß die Auslandsgelder, die uns durch die Vertrauenskrise entzogen wurden, nur im Wege der Selbsthilfe, d. h. mit Hilfe des Auslandsgeschäfts, wieder hereingeholt werden können. Es liegt also auf der Hand, daß die Entwicklung des Auslandsgeschäfts das Gebot der Stunde ist, daß wir nur mit seiner Hilfe in der Lage sein werden, wenigstens die ersten Bausteine für die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft zu gewinnen.“

In diesen Sätzen wird wenigstens die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft anerkannt. Im übrigen ist es aber besonders für die deutsche Steinindustrie völlig unzulänglich, sich nur oder hauptsächlich auf den Export festlegen zu wollen. Keine Industrie ist mehr auf den inländischen Absatz angewiesen wie die Steinindustrie. Doch abgesehen davon, liegen die allgemeinen Ausfuhr- und Einfuhrinteressen so dicht beieinander, daß, wer das eine will, das andere nicht lassen darf. Nur im gegenseitigen Austausch der Güter ist das wirtschaftliche Gedeihen aller Völker gegeben.

In dieser Aufgabe werden sich aber die Volksgenossen zusammenfinden müssen, denn heute steht das Schicksal der Schichten des Deutschen Volkes zur Diskussion. Es hat keinen Sinn, heute Anklagen zu erheben, wenn in erster Linie die Schuld an der Katastrophe trifft. Heute müssen alle guten Geister aufbauender Arbeit in dem deutschen Volke aufgerufen werden...

Wir müssen endlich lernen, aus dem Zusammenbruch zu erheben, daß wir das im Krieg unterlegene Volk sind und daß deshalb unsere ehemaligen Feinde ohne Erbarmen aus unserer Wirtschaft den letzten Pfennig herausgeholt haben, den sie herausholen konnten. Für das deutsche Volk ergibt sich hieraus aber die Lehre, daß wir sparsam leben müssen und daß wir nicht

darin denken können, einen Aufwand zu treiben, wie wir ihn in der Vorkriegszeit gewohnt waren. Wenn man zu einem Wiederaufbau der deutschen Produktion kommen will, so kann dies nur geschehen durch eine Verbilligung der Preise...

Eine Verbilligung der Preise ist nur möglich durch eine entsprechende Verbilligung der Herstellungskosten. Die Vergangenheit sollte uns gezeigt haben, daß die Produktion mit einer Kredit- und Pumpwirtschaft nicht auskommen kann, daß auch sie wieder dazu kommen muß, Gewinne zu erzielen, um mit eigenen Mitteln die Produktion wieder in Gang zu bringen. Es ist nicht möglich, dem Unternehmer die Gewinne in den verschiedensten Formen wegzunehmen, den übrigen Schichten aber, die gleichfalls am Produktionsprozeß beteiligt sind, ihre ungeschmälernten Einkommen zu belassen. Unter den Herstellungskosten steht der Lohn für Erzeugnisse, so insbesondere bei den Erzeugnissen der Natursteinindustrie, an erster Stelle, und es ist selbstverständlich, daß in der heutigen Zeit auch vor allem hier der Hebel angelegt werden muß...

Der Adresschen Weisheit letzter Schluß ist also wieder der Lohnabbau. Daß er damit allen Reaktionären aus der Seele gesprochen hat, ist selbstverständlich. Ihm pflichtet in einem anderen Zusammenhang Dr. Steinlein bei, indem er schreibt:

„Wird der Wirtschaft endlich die Möglichkeit gegeben, unter wenigstens vorübergehender Aufhebung der schematischen Gewerkschaftstarife sich der gegenwärtigen Wirtschaftsnöte anzupassen und mit ihren Arbeitern in den Betrieben freie Lohnverträge abzuschließen, wenn dadurch die entsprechende Anzahl Arbeitsloser in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden kann?“

Lohnsenkung — Profitsteigerung — Aufhebung des Tarifwehens — Unternehmerwillkür sollen das jetzt schon darbenende Volk in bessere Zeiten führen. Es gehört schon ein großes Maß Unverantwortlichkeit dazu, angesichts der durch den bisherigen Abbau schon aufs tiefste gesunkenen Steinarbeiterlöhne, noch weitere Herabsetzungen zu fordern. Wann hätten wir jemals vernommen, daß die Herren Unternehmerinvidi sich gegen die hohen Gehälter und Tantiemen deutscher Wirtschaftsführer wandten, von denen wir nur einige hier wiedergeben:

Generaldirektor des Siemens-Konzerns	800 000	Mark
Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie	600 000	„
Generaldirektor des I. G. Farben-Konzerns	575 000	„
Generaldirektor der F. G. Farben-Industrie	500 000	„
Generaldirektor des Ruhr-Röntgen-Traufs	400 000	„
Vorstandsmitglied der Deutschen Bank	350 000	„
Generaldirektor der Rhein-Westf. Industrie	650 000	„
Direktor der Prager Eisen-Industrie	304 000	„
Direktoren der Rhein-Westf. Industrie	216 000—240 000	„
Direktor der Krupp A.-G.	120 000	„
Direktor des Röhren-Verbandes	110 000	„
Generaldirektor der Ostelbischen Braunkohle	250 000	„
Direktor des Stahlwerksverbandes	180 000	„
Direktor der Vereinigten Textilwerke	180 000	„
Reichsbankpräsident	168 000	„
Vizepräsident der Reichsbank	112 000	„
Reichsbankdirektor	84 000	„
Generaldirektor der Reichsbahn (dazu freie Wohnung)	97 600	„
stellv. Generaldirektor	62 400	„
Vorstandsmitglieder der Reichsbahn	36 400—48 000	„

Bei den Direktoren der Reichsbahn und der Reichsbank sind die Anfang 1931 erfolgten Kürzungen bereits in Abzug gebracht. Gehaltsentzügen bei den Direktoren der Privatwirtschaft sind nicht bekannt geworden. Hier noch die Höhe der Aufsichtsratsantienemen bei einer Reihe von Gesellschaften:

Bereinigte Glasstoff-Fabriken	680 000	Mark
Ufe Bergbau A.-G.	171 000	„
Berliner Handelsgesellschaft	139 000	„
Commerz- und Privatbank	236 000	„
Darmstädter und Nationalbank	360 000	„
Deutsche Bank	677 000	„
Disconto-Gesellschaft	486 000	„
Dresdner Bank	253 000	„
Mitteldeutsche Kreditbank	72 000	„
Allg. Deutsche Creditanstalt	200 000	„
Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothek	140 000	„

Mit diesen Einkünften, gegen die in erster Linie eine Notverordnung angebracht wäre, vergleiche man die niedrigen Löhne der

meisten Steinarbeiter. Für den Vollarbeiter (bei 300 Arbeitstagen) meist die Steinbrucharbeitergenossenschaft für 1929 einen Durchschnittsjahresverdienst von 2233 RM. nach. (Der Bericht für 1930 ist noch nicht in unserem Besitz.) Seit 1929 ist das gesamte Lohnniveau um mindestens 10—15 Prozent gesunken, und doch ist die Arbeitslosigkeit in unerhörtem Ausmaß gestiegen. Wäre die These des niedrigen Lohnes richtig, so müßte beispielsweise der Bayerische Wald mit seinen Hungerlöhnen in Aufträgen ersticken und doch ist dort die Arbeitslosigkeit nicht minder groß als in vielen anderen feinindustriellen Gegenden Deutschlands.

Die ständige Unternehmerforderung auf Senkung der Löhne ist nicht nur ein soziales Unrecht, sie ist auch eine wirtschaftliche Dummheit. Niedriger Lohn ist nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit hohem Profit. Je höher die Kaufkraft der breiten Volksmassen, um so größer der Absatz, um so aufnahmefähiger die Produktion. Je schwächer die Kaufkraft, um so geringer der Absatz, um so größer das Heer der Arbeitslosen. Je besser also die breiten Volksmassen gestellt sind, um so besser geht es auch den Unternehmern aller Wirtschaftszweige. Mit der Verschlechterung des Lebensniveaus der breiten Massen wird nur das Gegenteil erreicht. Die Zusammenbrüche „auch ältester und bestrenommiertester“ Firmen werden sich fortsetzen, bis das privatkapitalistische System „am Ende seines Lateins“ angekommen ist.

Dr. Andres begründet seinen Standpunkt auch mit den staatlich ersuchten Indeziffern und schreibt:

„Nach den letzten Veröffentlichungen betrug die Indeziffer der Großhandelspreise am 9. September 1931 109 (1913=100) und die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten im August 1931 134,9. Die Lebenshaltungskosten und der Großhandelsindex sind damit bei Ziffern angekommen, wie wir sie im Jahre 1924 hatten. Die Großhandelsindeziffer betrug im April 1925 nach den amtlichen Veröffentlichungen noch 138,6, der Lebenshaltungsindex 136,7. Man ersieht also, daß der Lebenshaltungsindex für das Reich auf dem Stand von 1924 angekommen ist und der Großhandelsindex noch wesentlich unter diesen Ziffern liegt.“

Was jeder Laie noch sieht und worauf es ankommt, das wird von Herrn Dr. Andres natürlich ignoriert. Während der Großhandelsindex seit April 1925 um 21,4 Prozent zurückgegangen ist, steht der Lebenshaltungsindex nur 1,4 Prozent niedriger als im April 1925. Das beweist doch, abgesehen von der Unzulänglichkeit der Indezifferrechnung, daß sich der Preisabbau bis zum letzten Käufer nur sehr schwach auswirkt, daß der Preisnachschuß vielmehr in den vielen Zwischeninstanzen vom Erzeuger zum Verbraucher zum weitaus größten Teil „hängen“ bleibt. Das weiß natürlich Dr. Andres auch, doch „darüber spricht man nicht“.

Auch Dr. Steinlein, dessen Mitgefühl mit den vielen Arbeitslosen gewiß außer allem Zweifel steht, benützt die Situation nur, um wieder sein antimarxistisches Steckenpferd zu reiten, wenn er schreibt:

„Heute in der Zeit der Arbeitslosigkeit erkennt man erst, entgegen den marxistischen Lehren von Arbeitszwang und Arbeitsklaven, daß die Arbeit für den Menschen Glück und Segen bedeutet und nur derjenige wirkliche Befriedigung empfindet, der arbeiten kann und arbeiten darf.“

Soviel Worte, soviel Unsinn. In welchen marxistischen Lehren ist je der kulturelle Wert der Arbeit gelehrt worden? Wann wo und durch welchen Marxisten ist bestritten worden, daß in der Arbeit wirkliche Befriedigung liegt? Dr. Steinlein wird auch nicht einen Fall anführen können, der für seine mit so struppeloser Leichtfertigkeit, wenn nicht gegen sein besseres Wissen, aufgestellte Behauptung spricht. Das ist ja gerade der Fluch der privatkapitalistischen Wirtschaft, daß sie Millionen arbeitsbereiter, sich nach Arbeit sehender Menschen nicht arbeiten läßt; sie der größten Entbehrung und der Verelendung preisgibt, anstatt sie in den Arbeitsprozeß einzureihen.

Warum weigert sich, von Ausnahmen abgesehen, das Unternehmertum gegen eine der fortgeschrittenen Techniken angepaßte Arbeitszeitverkürzung? Weil ihm das vermeintliche Profitinteresse höher steht, als das Wohl der Allgemeinheit. Solange das Volk die Leistung seines Geschickes solchen Führern überläßt, solange ist ihm nicht zu helfen. „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Wegger selber.“ Die wirtschaftlich und politisch aufgeklärte Arbeiterschaft wird sich durch die Unternehmerlogik nicht einfangen lassen.

len. Sie wird ihre dem Wiederaufstieg der Arbeiterchaft dienenden Organisationen durch um so festeren Zusammenschluß stärken und das immer anmaßender sich gebärdende Unternehmertum in seine Schranken zurückverweisen. E. W.

Zur Krankenhauspflge der Krankenkassen

Zu den Leistungen der Krankenversicherung, die bislang durch Notverordnungen nicht berührt worden sind, gehört die Krankenhauspflge. Die Kassen können nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung Krankenhauspflge gewähren. Sie sind jedoch in keinem Falle, mag erliegen wie er will, zur Gewährung dieser Leistung verpflichtet. Das Reichsversicherungsamt schreibt hierzu: „Nach § 184 der Reichsversicherungsordnung können die Krankenkassen an der Stelle der sonstigen Leistungen (Arzt, Arznei, Krankengeld) die Krankenhauspflge treten lassen. Aus diesen gesetzlichen Bestimmungen und den dazu ergangenen grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes ergibt sich, daß der Versicherte in keinem Falle einen Rechtsanspruch auf Krankenhauspflge hat, sondern daß es in das Ermessen der Krankenkasse gestellt ist, ob sie an Stelle der übrigen Leistungen Krankenhauspflge gewähren will. Auch das Vorliegen eines „dringenden Falles“ kann keinen Anspruch auf Krankenhauspflge begründen.“ Hat eine Krankenkasse einmal der Einweisung bzw. der Aufnahme in eine geschlossene Anstalt (Krankenhaus) ihre Zustimmung gegeben, so muß sie auch sämtliche entstehenden Kosten übernehmen. Es geht auf keinen Fall an, daß sie nur einen Teil der Kosten übernimmt und den Rest dem Versicherten aufbürdet. Zu den Kosten gehören beispielsweise auch Transportkosten in die Anstalt, ebenso Kosten für Begleitpersonen usw. In sehr vielen Fällen übernehmen die Kassen nur zwar die Kosten bei Unterbringung in städtischen oder staatlichen Krankenanstalten, nicht jedoch Kosten in privaten Krankenhäusern, da diese meist erheblich höher sind. Wünscht ein Mitglied jedoch die Aufnahme in eine solche Privatanstalt, so verfahren sehr viele Kassen so, daß sie nur die Kosten übernehmen, die entstanden wären, wenn die Aufnahme in einem billigeren Krankenhause erfolgt wäre. Den Restbetrag der Kosten muß dann in solchen Fällen der Versicherte selbst tragen. Eine sehr wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Frankfurt a. d. O. vom 6. März 1931 besagt nun, daß diese Meinung und Gepflogenheit der Kassen falsch ist. Die Entscheidung lautet: „Hat die Krankenkasse einmal die Einweisung des Versicherten in ein Krankenhaus veranlaßt, so ist sie auch verpflichtet, die dadurch entstehenden Kosten zu tragen. Die Kasse kann sich nicht darauf beschränken, nur einen Teil der Kosten zu ersetzen.“ In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Falle hat ein Kassenmitglied mit Einwilligung der Kasse eine Privatklinik aufgesucht. Es wurde zwischen beiden vereinbart, daß die Kasse nur 5 Mark pro Tag an Verpflegungskosten übernehmen, während den Restbetrag der Versicherte selbst tragen sollte. Hiermit war der Versicherte anfänglich auch einverstanden. Später verweigerte er jedoch die Uebernahme eines Kostenteils und verklagte die Kasse auf Uebernahme der Gesamtkosten. Aus der Begründung zu der Entscheidung sind folgende Ausführungen erwähnenswert: „Der Meinung des Versicherten konnte der Erfolg nicht versagt werden. Im vorliegenden Streitfall ist von ausschlaggebender Bedeutung die von der Kasse getroffene Maßnahme. Die Kasse hat den Einweisungsschein für die Aufnahme des Klägers in die Privatklinik selbst ausgestellt. Dieser Einweisungsschein muß als Willensbekundung dafür angesehen werden, daß sich die Kasse, entsprechend dem ihr zustehenden Wahlrecht zur Krankenhauspflge entschlossen hatte. Hat die Kasse nun einmal den Eintritt des Versicherten in das Krankenhaus veranlaßt, so ist sie auch verpflichtet, die dadurch entstehenden Kosten zu tragen. Der hier von der beklagten Kasse im Einweisungsschein gemachte Vorbehalt, daß die Kasse die Kosten nur in Höhe von 5 Mark pro Tag übernehme, und daß die Mehrkosten der Versicherte selbst tragen müsse, ist ohne Bedeutung und gilt nicht als verbindliche Vereinbarung.“ Die Entscheidung und ihre Begründung ist wohl so klar, daß sie keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Sollte eine Kasse immer noch auf der alten Gepflogenheit bestehen bleiben, so muß der Versicherte eben unter Hinweis auf diese Entscheidung sein Recht suchen. Kl.—s.

Saat und Ernte

So geht das nicht:
Ein einfältiger Wicht
Ist der, der da meint,
Saat und Ernte seien vereint
Auf den gleichen Tag.
Zwischen Saat- und Erntetag,
Zwischen Saatforn und Aehrenschlag
Liegt eine lange Spanne Zeit.
Der Kluge weiß es, er ist bereit,
Mit steter Beharrlichkeit
Und geruhigem Fleiß
Zu roden, zu adern, zu säen,
Auf Blüten und Gedeihen zu spähen,
Um schließlich in saurem Schweiß
Zu ernten vieler Mühe Preis.
Wer am Tag der Saat will mähen,
Oder gar ernten, ohne zu säen,
Dem ist das Leben ein Würfelspiel:
Heute nichts und morgen nicht viel,
Des Lebens Ernst geht ihm ab,
Er will nehmen, wo er nicht gab.
Nur der ist ein Mann,
Der, ob ein Wetter sich türmt,
Ob es regnet und stürmt,
Ruhig zieht die gesteckte Bahn
Und, wenn es sein muß,
Auch warten kann!

Erkenne deine Macht!

Zirkus Sarraiani. Ausverkauf. Etwa 15 000 Menschen schaueten den Spielen zu. Artisten aller Rassen, eine wahre Völkerschau, zeigen ihre Künste. Dumpf braust das Stimmengewirr der Menge in der weiten Zelthalle. Plötzlich verstumt jeder Laut. Die Zugnummer der Vorstellung, Dressur der wilden Raubtiere, ist an der Reihe. Jeder hält den Atem an, als durch den niedrigen Laufgang die Tiger und Löwen kommen und in die umgitterte Manege springen. Der Dompteur läßt die Peitsche knallen. Widerwillig, grollend und knurrend gehorchen die Tiere den Weisungen ihres Herrn. Wenn sich eine der wilden Katzen widerspenstig zeigt, laut der Zweifad gegen den mächtigen Kopf der Bestie. Der Wille, der hypnotische Blick des Bändigers beherrscht die Wildheit des jähneflehenden Löwen, die Tüde im zornigfeindlichen Auge des Tigers. Sie tun, was der Herr will. Wie Lämmer legen sie sich friedsam nebeneinander oder machen Männchen wie simple Pudel — sie, die Könige des Urwaldes oder der Wüste.

Ein Schauer läuft jedem über den Rücken, wenn eine gefährliche Scene sich abgewickelt, wenn die Pranke des Tigers losstößt, wenn das Gebüll eines Löwen losbricht oder eine Bestie wütend die Gitterstäbe hinaufspringt. Als die Raubtiere wieder in die Käfige zurückgetrieben werden, höre ich, wie ein vor mir sitzender Mann zu seinem Nachbar bemerkt: „Is nur gut, daß die Bestien nicht organisiert sind, sonst würden sie uns alle zum Teufel jagen!“

Der Mann schien ein Unternehmer zu sein, denn ich konnte im stillen seinen Specknaden bewundern. Um eine solche treffende Bemerkung zu machen, wußte er wohl, welche ungeheure Macht eine

Organisation darstellt, wie stark die Einzelkraft im Zusammenschluß ist.

In der Tat, wenn die Löwen und Tiger wüßten, wie stark sie alle zusammen sind, würden sie nicht nur ihren Herrn, den Dompteur, zerschmettern, sondern auch alle 15 000 Gaffer, die sich an ihrer Ohnmacht weiden, wirklich zum Teufel jagen.

Um im Bilde zu bleiben: Auch der Arbeiter ist der Löwe, der Tiger. Auch er besitzt eine ungeheure Macht, die ihm leider in der Mehrheit noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Wenn er wüßte, wie stark er ist, würde er schon längst seine Peiniger, seine Ausbeuter, die ihn obendrein noch durch nationalsozialistisch oder weltanschaulich kläffende Pudel Männchen machen lassen, zum Teufel gejagt haben. Anstatt aber zu fauchen und die Pranke zu zeigen, wenn ihm Unrecht geschieht, anstatt mit seinesgleichen in einen Ring zu treten und seinen Willen dem organisierten Gesamtwillen unterzuordnen, fürchtet er die Peitsche seines Antreibers, den Zweifad seines Ausbeuters und läßt seinen Schädel mit dem Strohnationalistischer oder radikaler Phrasen und Schlagworte, die sich gegen seine eigenen Interessen kehren, vollstopfen. Und wenn der Kopf genügend umnebelt ist, wenn offensichtliche Lügen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung sich darin festgenistet haben, dann legt er sich friedsam wie ein Lamm neben die anderen Opfer kapitalistischer Zerstückelungskunst, bleibt in der vergitterten Manege seiner Arbeitslosigkeit gefangen und bewirft jene, die ihm helfen wollen und können, mit dem Unrat der protapitalistischen Gasse.

Du, Arbeitsmann, der du noch nicht organisiert bist: Erkenne deine Macht! Merkt du nicht, wie dich deine falschen Freunde für eigene Zwecke mißbrauchen? Wie sie dich gegen deine Arbeitsbrüder auspielen, die schon begriffen haben, daß nur die organisierte Selbsthilfe aus Not und Elend führen und bessere Zustände schaffen kann? Weißt du nicht, wie stark du bist, wenn du dich mit deinen organisierten Arbeitsbrüdern vereinigt? Stark wie ein Löwe, kühn wie ein Tiger bist du, wenn du erkennst, daß deine Kraft im Zusammenschluß mit deinesgleichen tausend- und milliounfach stärker und schließlich so unüberwindlich wird, daß du alle deine Ausbeuter zum Teufel jagen kannst. Solange du aber nicht zu dieser Erkenntnis kommst, werden sich auch deine Ausbeuter und deren Trabanten an deiner Ohnmacht weiden.

Erkenne deine Macht! Es ist die höchste Zeit! Du hast kein Recht, zu jammern und zu klagen, wenn du selbst noch abseits des Kampfes um Fortschritt und Kultur stehst und so dein eigener Feind bist. Begreife doch die fündlich einfache Formel: Der Arbeiter gehört zum Arbeiter! Nie wird es besser werden, wenn du nicht danach handelst. Niemand hilft dir, wenn du dir selber nicht hilfst. Das sind zwar alte Binsenwahrheiten, aber sie werden gerade von denen, die es bitter nötig haben, nicht begriffen. Vor dem gewaltigen Ziel der Arbeiterbewegung, damit es jedem Menschen gut gehe auf Erden, verblässen alle deine Nörgereien oder Schimpfereien über „Bonzenwirtschaft“ oder „Panzerkreuzerzozialisten“. Eine Strömung von solch weltumspannenden Ausmaßen, wie es die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung ist, führt nicht immer kristallklares Wasser, es schwimmen auch manchmal Fremdkörper an der Oberfläche, die aber im breiten Meer des Endzweckes unbemerkt verschwinden. Die organisierte Arbeiterklasse muß erst die Macht, die Mehrheit in allen maßgebenden Instanzen haben. Alles andere kommt nachher von selbst. Ohne Blutvergießen, ohne Dolch und Revolver vollzieht sich die neue Ordnung der sozialen Gerechtigkeit, wenn der Arbeiter zum Arbeiter steht. Bis dahin aber dürfen die Gegner dieser neuen Ordnung mit voller

Berechtigung sagen: „Gut daß die meisten Arbeiter nicht organisiert sind!“

Nur du selbst kannst dich erlösen! Flehe darum nicht zu anderen Göttern um Hilfe, denn sie haben dir entgegengesetzte Interessen. Sie können und wollen dir nicht helfen, denn du bist ihnen nur Werkzeug zur Erhaltung ihrer Macht über dich selbst und deine Klassengenossen. Warum also zauderst du noch? Du stehst heute in der größten Revolution aller Jahrtausende und merkst es nicht. Die kapitalistische Herrschaft wankt. Die kapitalistische „Ordnung“ kracht in allen Zugen. Die Erde gibt uns Brot genug. Es wird aber verbrannt, wenn der Segen zu groß ist. Genuß- und Bedarfsartikel werden vernichtet, wenn der Profit bedroht ist. Die Menschen hungern, obwohl die Magazine überladen sind. Die Menschen frieren, obwohl ein Ueberfluß von Wolle vorhanden ist, obwohl Kohlen auf Halben lagern und verwittern. Die Menschen hausen in Höhlen, obwohl so viele Hände bereit sind, jeder Familie ein freundliches Heim zu bauen. Kein System, kein Plan, sondern Anarchie überaII. Die kapitalistischen Regierungen sind topflos geworden, sie regieren mit Lohnabbau und Notverordnungen, sie stützen die verkrachteten Banken mit öffentlichem Gelde, stopfen ein Loch mit dem andern zu und wissen nicht, daß sie Konkursverwalter ohne Masse, Leichenbitter einer untergehenden Gesellschaftsordnung sind. Aber der Kapitalismus wehrt sich. Er will nicht sterben. Darum wirbt er Rekurten für seine Leibwache, besoldet er politische und wirtschaftliche Desperados, die mit Blut und Eisen den verwehenden Leichnam wieder galvanisieren sollen.

Du, unorganisierte Arbeitermann, bist Zeuge des Untergangs einer alten Welt und siehst es nicht. Mit kaltem Finger schreibt das Fatum sein Menetekel an die Paläste, an die verlassenen Schächte und Fabriken; du aber verstehst die Schrift nicht zu deuten. Du siehst und hörst, daß die faschistische Knüppelgarde des Kapitals das Blut deiner Volksgenossen fließen läßt; diese graufige Tatsache rührt dich jedoch nicht. Aber die Zeit erfüllt sich, denn das Maß ist voll! Lange genug wurde das Volk der Arbeit geschunden und gequält! Lange genug hat man seinen Geist verwirrt und seine Seele vergiftet! Lange genug haben die Emisäre des Kapitals Lügen und Verleumdungen gegen die Feldherren des organisierten Arbeitstumpfes ausgeföhrt! Kleinliche, armfellige Menschlein, Sklaven der untergehenden Welt haben lange genug Dämme und Gerüste um das kapitalistische Evangelium aufgebaut. Sie sind morsch geworden. Die Säune aus Phrasen und Schlagworten sind wurmfressig geworden. Es fallen die Mauern aus Papier und wortreichen Beweisgründen, daß der „Marxismus“ endgültig niedergebungen sei. Darum stehe auf, du Arbeitermann, denn die Zeit hat sich erfüllt! Löse dich los von dieser alten Welt, der du dich leichtsinnig ergeben hast. Lasse die sterbende Welt ihre eigenen Toten begraben. Warte darum nicht länger, denn das Maß ist voll. Die Stunde des schaffenden Volkes ist gekommen: sie will die Fahne der Befreiung sehen, sie steht vor den Toren, sie klopfst an die blinden Fensterscheiben deiner Hütte. Warum also zauderst du noch? Die Welt der Arbeit, voll aller Gnaden, kommt dir entgegen. Sie bringt dir den Traum deiner Jugend, die unverlebte Legende deines irdischen Glücks. Gehe ihr ebenfalls entgegen, singe mit voller Brust den stolzen Hymnus des kommenden Tages. Deine organisierten Kameraden rufen dich. Worauf also wartest du noch, da das Maß schon überläuft und die Zeit sich erfüllt hat? Sei mutig wie der Löwe! Sei kühn wie der Tiger! Erkenne deine Macht, sonst gehst du im Chaos der sterbenden Welt unter!

Was irgend gefhen will und walfen.
Muf in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mufst du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Steinbruchbesitzer unterschlagen riesige Summen von Sozialbeiträgen

Unter mühenollen Kämpfen haben freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei die Sozialversicherung zu ihrer heutigen Höhe gebracht. Schon immer war diese Sozialversicherung den Unternehmern ein Dorn im Auge. Wenn es nach ihnen ginge, wäre diese Einrichtung, die nach ihrer Ansicht die jegliche Krise mitverschuldet hat und „die Arbeiter nur zur Faulheit erzieht“, längst beseitigt. Das wird ihnen glücklicherweise vorläufig nicht gelingen. — In Ilfenburg am Harz gibt es nun, vielleicht anderwärts auch, einige Steinbruchbesitzer, die anscheinend glauben, sie lebten schon im Dritten Reich des gr. großen Adolf Hitler. Sie haben nämlich schon mehrere Jahre keine Beiträge an die Krankenkassen und Erwerbslosenfürsorge abgeführt. Den Arbeitern wurden ihre Anteile natürlich prompt und regelmäßig vom Lohn abgebogen, aber die Herren behielten das Geld für sich. — Am schlimmsten hat dies Geschäft anscheinend der Unternehmer Sellm und aus Ilfenburg betrieben. Dieser Herr hatte sich nunmehr wegen Vergehens gegen die Reichsversicherungsordnung vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten. Man muß schon sagen, der Angeklagte hatte es ausgezeichnet verstanden, sich auf diese Weise einen netten Nebenverdienst zu schaffen. Vom Jahre 1928 an hatte er es überhaupt nicht mehr für nötig befunden, die Beiträge für Sozialversicherung an die Krankenkasse abzuführen. Nur hin und wieder leistete er eine kleine Vorschußzahlung. Die auf diese Weise bei der Ilfenburger Krankenkasse entstandenen Schulden sind inzwischen auf die nette Summe von 5000 bis 6000 Mark angewachsen. Als die Kasse mit der Beitreibung der Schulden Ernst machte, mußte sie erleben, daß das Geschäft nicht mehr dem Angeklagten, sondern dessen Frau gehörte, so etwas nennt man Unternehmerrationalität. Wenn man berücksichtigt, daß in Ilfenburg eine Reihe von Unternehmern in dieser Weise vorgegangen ist, kann man sich denken, welchen Schaden die Krankenkasse erlitten hat. Die Leidtragenden sind natürlich wieder einmal die Arbeiter, die nun durch erhöhte Beiträge den Gehaltbetrag wieder ausgleichen müssen. Vor Gericht tritt der Angeklagte Sellm und natürlich alles ab. Er glaubte vor allem, seine Tat damit beschönigen zu können, daß er nicht allein, sondern eine ganze Reihe seiner Kollegen sich in dieser Weise vergangen hatten. Aber diese Kluson wurde ihm vom Staatsanwalt sofort zerstört, der ankündigte, daß gegen alle diese Sünder vorgegangen werde. Das ist sehr erfreulich! Im übrigen nützte dem Angeklagten sein Zeugnis nichts, er wurde durch die Zeugen glatt überführt. — Mit Recht hielt der Staatsanwalt eine exemplarische Strafe für angebracht und beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht war etwas milder, hielt aber wegen des Überhandnehmens derartiger Straftaten auch eine Freiheitsstrafe für erforderlich und erkannte auf 3 Monate Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde gewährt, aber nur unter der Bedingung, daß er sich innerhalb der nächsten vier Jahre gut führt und den Schaden ersetzt.

F. H.

Naive Wichtigkeitserei

In Nr. 20 der „Steinarbeiter-Zeitung“, dem Organ des christlichen Berufsverbandes der Steinarbeiter, erschien ein mit A. B. gezeichneter Artikel, in welchem unser in Nr. 36 veröffentlichter Bericht über die diesjährigen Betriebsratswahlen im Lithographiebezirk ausgewertet wurde. Großsprecherisch wirft sich A. B. im christlichen Organ in die Brust und stellt fest, daß unsere Zahlen mit dem von ihm am 13. August festgestellten Ergebnis nicht übereinstimmen. Wenn der Verfasser oder der Schriftleiter des Blattes etwas näher nachgedacht hätte, wäre sicherlich die Anzweiflung der von uns gemachten Zahlen unterblieben; denn daß unsere Erhebung mit der Erhebung vom 13. August nicht übereinstimmen kann, versteht sich von selbst. Die Betriebsratswahlen finden bekanntlich im März und April eines jeden Jahres statt und demzufolge kann das Resultat nur auf der Beschäftigtenzahl dieser Zeit fußen. Selbst wenn die Zwischenzeit der beiden Erhebungen nicht 4 Monate, sondern nur eine Woche betragen würde, wäre gegenwärtig eine noch größere Differenz zwischen den zwei Erhebungen möglich. Leuchtet das ein?

Bekanntlich ändert sich die Zahl der Beschäftigten, wenn nicht täglich, so ganz bestimmt wöchentlich. Haben wir doch wiederholt schon festgestellt, daß im Bereiche einer Zahlstelle in einer Woche 60 und mehr Prozent der Kollegen beschäftigt waren, während in der darauffolgenden Woche wieder sämtliche Kollegen das Arbeitsamt bevölkerten. Aus diesen Gründen heraus erwarten wir ein näheres Eingehen auf den bandwurmartigen Artikel in dem Blatt unserer gewerkschaftlichen Antipoden für überflüssig. Hr.

Auf der Arbeitgeber zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er einem Arbeiter kündigt, weil dieser nicht berechtigt ist, auf tarifvertragliche Ansprüche zu verzichten?

Diese Frage ist von größter Bedeutung und ihre Beantwortung besonders akut bei der gegenwärtigen Einstellung der Unternehmer. Die Unternehmer reden bekanntlich gern von guten Sitten, von Treu und Glauben und betrachten es als Verstoß dagegen, wenn die Arbeitnehmer aus der wirtschaftlichen Zwangslage heraus ihre gesetzlichen Ansprüche aus Tarifverträgen mitunter erst nach dem Fälligkeitstermin geltend machen. Diese Grundsätze von Treu und Glauben werden jedoch nicht getannt, wenn die Unternehmer die Rechte der Arbeitnehmer aus den Tarifverträgen willkürlich verletzen, durch Unterbezahlung und Entlassung der Arbeitnehmer, oder wenn sonst dem Ansinnen nicht Rechnung getragen wird. Es ist daher zu begrüßen, daß sich das Reichsarbeitsgericht in Sachen RWG. 636/30 am 16. Mai 1931 mit dieser doppelten Moral beschäftigt und eine Entscheidung gefällt hat, die geeignet ist, eine grundsätzliche Klärung dieser Frage herbeizuführen. Das Urteil — veröffentlicht Bensch. Sammlung Band 12, Seite 172 — befaßt zwar, daß eine vertragliche Schadenersatzpflicht nicht bestehe, wohl aber eine Schadenersatzpflicht aus § 826 des BGB. gegeben sein kann, der lautet:

„Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Der Streitfrage lag folgender Tatbestand zugrunde: Die Kläger waren beschäftigt als Bauarbeiter unter den für allgemein verbindlich erklärten Reichs- und Lohnsätzen. Der Beklagte verlangte die Unterzeichnung einer Erklärung, daß sie auf Jahrgeld und Laufgeld verzichten, was sie unter Berufung auf den Lohnvertrag ablehnten. Daraufhin wurden sie nach fristgemäßer Kündigung entlassen. Die angerufene tarifliche Schlichtungskommission entschied, daß die Entlassung gegen den Tarifvertrag verstoße und die Kläger wieder einzustellen seien, daß ferner das Jahrgeld, sowie die Laufzeit zu vergüten ist. Auf Grund dieses Urteils erhoben die Kläger Anspruch auf den durch die Entlassung entgangenen Arbeitsverdienst. Sie machten geltend, daß die ausgesprochene Kündigung lediglich deshalb erfolgte, weil sie auf ihre tariflichen Rechte nicht verzichteten und daß daher die Kündigung gegen die guten Sitten verstoße. Das AG. hat nach den Klageanträgen erkannt. Das OLG. hat auf Klageabweisung erkannt. Die zugelassene Revision hatte Erfolg. In der Begründung sagt das OLG.

zunächst, daß die Urteilsbegründung der Vorinstanz, soweit sie sich auf § 826 BGB. stützt, nicht frei von Rechtsirrtum ist. Weiter sagt es dann unter anderem: „Geht man aber zunächst einmal davon aus, daß der Beklagte durch die Kündigung eine gegen die guten Sitten verstoßende und damit nach § 826 BGB. zum Schadenersatz verpflichtende Handlung begangen hat, so muß auch der geltend gemachte Klageanspruch für begründet erachtet werden. Nach § 249 BGB. hat der Verpflichtete den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eintreten, also im vorliegenden Falle die Kündigung nicht erfolgt wäre. Die Verpflichtung des Beklagten war nicht schon dadurch erfüllt, daß er die Kläger am 6. 6. 1930 wieder einstellte, sondern zur Wiederherstellung des Zustandes gehörte, daß die Kläger wirtschaftlich in diejenige Lage versetzt wurden, in der sie sich befunden haben würden, wenn infolge der Kündigung nicht ihre Entlassung erfolgt wäre. Diese Schadenersatzpflicht umfaßt auch die Erstattung des Verdienstausfalles, denn wenn die Kündigung nicht erfolgt wäre, das Vertragsverhältnis also fortbestanden hätte, so würden die Kläger ihren vertraglichen Lohnanspruch gehabt haben. Dieser Lohnanspruch ist unabhängig von der Frage, ob die Kläger Anspruch hatten von der Beklagten beschäftigt zu werden, und es ist rechtsirrtümlich, wenn das OLG. annimmt, einen Anspruch auf Erstattung des Verdienstausfalles würden die Kläger nur dann haben, wenn sie einen Anspruch auf Beschäftigung gegen den Beklagten gehabt hätten. Die Verpflichtung zum Schadenersatz durch Erstattung des Verdienstausfalles besteht solange, wie der ursächliche Zusammenhang zwischen der zum Schadenersatz verpflichtenden Handlung und dem Verdienstausfall als vorhanden anzunehmen ist und das ist vorliegend mindestens solange der Fall, wie nicht anzunehmen ist, daß der Beklagte durch eine nicht gegen die guten Sitten verstoßende Kündigung das Vertragsverhältnis gelöst haben würde.“

Weiter sagt das OLG.:

„daß in der Kündigung, auch wenn sie vertragsmäßig erfolgt, eine nach § 826 BGB. zum Schadenersatz verpflichtende gegen die guten Sitten verstoßende Handlung erblickt werden kann, wenn sie in der Absicht oder in dem Bewußtsein der Schädigung eines anderen vorgenommen, mit dem geordneten Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl der Kreise, denen der Handlung angehört in Widerspruch steht, ist vom OLG. wiederholt anerkannt worden.“

Das Urteil, das auch Prof. Ripperden eingehend besprochen, verdient eingehendste Beachtung durch unsere Kollegen, zumal die Ursachen, die zu dem Rechtsstreit führten, auch häufig von Arbeitgeberkreisen in der Steinindustrie und im Straßenbau Anwendung finden. Prof. Ripperden kommt in seiner Besprechung zu dem klaren Ergebnis, daß unter den gegebenen Umständen nicht einmal die Sittenwidrigkeit festgestellt werden braucht, denn nach den Feststellungen des OLG. erfolgte die Kündigung nur, weil die Kläger die Einhaltung des Arbeitsvertrages verlangten. Die Kündigung geschah also gewissermaßen allein deshalb, weil die Kläger nicht bereit waren, zu untertariflichen Bedingungen zu arbeiten. In einem solchen Falle folgt aus der Tarifidee und den Grundsätzen von Treu und Glauben eine jede dem Tarifvertrag immanente (zum Wesen gehörige) Normativbestimmung, die verbietet, einen Arbeitnehmer, der die Einhaltung des tarifgemäßen Arbeitsvertrages verlangt, um deswillen zu kündigen. Er erzieht weiter den Rat, in solchen Fällen gemäß § 138 BGB. die Nichtigkeit der Kündigung zu behaupten und die Fortsetzung des Lohnes zu beanspruchen.

Wirksamer Verzicht auf tarifliche Entlohnung

Im vorhergehenden Artikel bringen wir eine Besprechung eines vom OLG. gefällten Urteils, in dem das höchste Arbeitsgericht den Grundsatz anerkannte, daß Unternehmer sittenwidrig handeln, sofern sie Arbeitnehmer lediglich deshalb zur Entlassung bringen, weil diese auf Entlohnung nach dem für sie geltenden Tarifvertrage bestanden. Nach dieser Entscheidung besteht die Möglichkeit, sobald die üblichen Voraussetzungen gegeben sind, gegen den Arbeitgeber Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Das OLG. hat aber auch zu anderen Streitfragen aus dem Tarifrecht Urteile gefällt, die sich gegen die Arbeitnehmer ungünstig auswirken. So liegen zur Verzichtleistung auf tarifliche Entlohnung verschiedene Entscheidungen vor. Wir hatten bereits in Nr. 9 des „Steinarbeiter“ die Mängel aufgeführt und mitgeteilt, daß eine Ergänzung der Tarifvertragsordnung gefordert ist. In Nr. 16 der Zeitschrift „Die Steinbruchsberufsgenossenschaft“ nimmt ein Dr. B. eine Abhandlung der diese Frage betreffenden Reichsarbeitsgerichtsurteile vom 10. 1. 31 (RWG. 382/30) und vom 18. 4. 31 (RWG. 456/30) vor. Der Verfasser, der höchstwahrscheinlich ein irgendwo wohlbestallter Syndikus ist, gibt den Unternehmern der Steinindustrie den Weg bekannt, auf welche Weise eine wirksame Umgehung der Tarife möglich ist. Zunächst behandelt die betr. Schreiberleese dabei die mißliche Wirtschaftslage der Steinindustrie, die nach seiner Auffassung großen Teilen der Arbeitgeber eine tarifliche Entlohnung ihrer Arbeiter angeblich nicht mehr ermöglichte. Zu dieser Auslassung und zu der durch die Wirklichkeit widerlegten Behauptung, daß die Löhne in der Steinindustrie überlegt seien, wollen wir wegen ihrer Aberrtheit an dieser Stelle nicht eingehen, sondern lediglich die rechtliche Frage bei Tariflohnverzicht behandeln. Ganz besonders wollen wir unsere Kollegen darauf aufmerksam machen, mit welchen Mitteln die Unternehmer in Zukunft vorgehen werden und was die Kollegen dagegen zu tun und zu lassen haben, um die Unterhöhnung der geltenden Tarifverträge wirksam zu verhindern. Nach den vom Urteilschreiber besprochenen Urteilen des OLG. besteht ein Verzicht auf Tariflohn dann zu Recht, wenn der Arbeitnehmer bei Empfang des zu niedrig gezahlten Lohnes durch Unterschrift bestätigt, daß er Ansprüche für die zurückliegende Zeit nicht mehr geltend macht. Mit der Unterschrift ist nach Ansicht des OLG. ein rechtswirksamer Erlaßvertrag (§ 297 BGB.) geschlossen worden. Mit Genugtuung stellt Dr. B. dabei fest, daß das Gericht in eine Prüfung, ob der Arbeitnehmer unter einem wirtschaftlichen Druck gestanden hat, gar nicht eingetreten ist. Den Kollegen muß dieses zur Warnung dienen, daher ist die Leistung von Unterschriften abzulehnen.

Wenn wir auch nicht einem Gebaren das Wort reden, wonach untertarifliche Entlohnung zunächst hingenommen werden soll, um später, insbesondere bei der Entlassung, rückwirkende Forderungen geltend zu machen, so möchten wir dennoch ganz besonders die von einem großen Teil der Arbeitgeber geübte Praxis in der Behandlung unserer Kollegen gegenüber nicht unberücksichtigt lassen. Es dürfte keinen Arbeiter geben, der freiwillig auf den an sich nicht zu hohen Tariflohn verzichtet. Vielmehr wird solcher Verzicht immer nur unter Druck zustande kommen, der zum großen Teil in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt. Diese mißlichen Verhältnisse machen sich die Unternehmer zunutze, um den Tarif zu umgehen. Ganz besonders in der Steinindustrie sind in letzter Zeit Hunderte von Kollegen auf der Straße geblieben, weil sie sich erlaubten, ihre Interessen und die der Belegschaft nach den im Betriebsratgesetz vorgesehenen Bestimmungen pflichtgemäß zu vertreten.

Unter den so handelnden Arbeitgebern befinden sich nicht — wie der Verfasser des betreffenden Artikels meint — Unternehmer, die auf Grund der Verhältnisse außerstande sind, die tariflichen Löhne zu bezahlen, sondern solche, welche die jetzigen Verhältnisse ausnützen, um sich auf Kosten der Arbeitnehmer schadlos zu halten.

Die gewerblichen Mittel- und Großbetriebe i. J. 1930 unter besonderer Berücksichtigung der Steinindustrie nach der Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten

Die Zahl der von der Statistik erfaßten Betriebe mit 5 und mehr Arbeitern ist gegenüber 1929 um 19 400 = 6,8 Prozent, die Zahl der Arbeitnehmer um rund 1,4 Millionen = 13,1 Prozent zurückgegangen.

Seit 1926 zeigt sich folgende Entwicklung:

Jahr	Betriebe	Arbeitnehmer	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
			Betriebe	Arbeitnehmer
Gewerbe überhaupt				
1926	251 172	8 882 744	—	—
1927	273 937	10 391 049	9,1	17,0
1928	282 665	10 708 962	3,2	3,1
1929	285 503	10 596 567	1,0	-1,0
1930	266 098	9 206 355	-6,8	-13,1
Industrie und Handwerk				
1926	183 337	7 560 257	—	—
1927	198 939	8 866 684	8,5	17,3
1928	203 654	9 073 226	2,4	2,3
1929	202 334	8 848 324	-0,7	-2,5
1930	183 030	7 494 904	-9,5	-15,3
Handel und Verkehr				
1926	59 443	1 133 553	—	—
1927	65 413	1 329 142	10,0	17,3
1928	68 427	1 424 661	4,6	7,2
1929	71 241	1 514 525	4,1	6,3
1930	70 837	1 469 854	-0,6	-2,9

Auffallend ist, daß die Ziffern des gesamten Gewerbes von 1930 noch über denen des Krisenjahres 1926 liegen, die des Handels und Verkehrs sogar noch über denen des Prosperitätsjahres 1928. Darin kommt die zunehmende Ueberlegung insbesondere des Handels zum Ausdruck, die ungesunde Erscheinung aller Krisenzeiten. Nur Industrie und Handwerk nehmen einen anderen Verlauf. Die Ziffern dieser Gruppe liegen 1930 noch unter denen von 1926.

Nachstehend lassen wir die Gewerbegruppen folgen, die bisher am meisten unter der Krise zu leiden hatten:

Gewerbegruppen	Betriebe			Arbeitnehmer		
	1929	1930	Abn. v. H.	1929	1930	Abn. v. H.
Baugewerbe	33831	29171	13,8	893 837	631 335	29,4
Musikinstrumenten u. Spielwarenindustrie	1552	1315	15,3	62 789	48 580	22,6
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	26147	21968	16,0	531 083	421 257	20,7
Industrie der Steine und Erden	15594	13888	12,9	632 020	502 763	20,5
Eisen- und Metallgewerbe	2263	2198	2,9	362 976	296 969	18,2
Maschinen, Apparate- und Fahrzeugbau	13328	12425	6,8	1 056 731	864 847	18,2
Herst. v. Eisen-, Stahl- und Metallwaren	19741	17485	11,4	628 991	526 207	16,3
Bergbau, Salinenwesen u. Torfgräberei	1274	1216	4,6	707 594	601 899	14,9
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	7334	6766	7,7	463 131	399 124	13,8
Leder- und Linoleumindustrie	2172	1925	11,4	84 435	73 214	13,3
Chemische Industrie	3972	3832	3,5	321 183	281 033	12,5
Textilindustrie	12143	11154	8,1	1 068 521	950 944	11,0
Kautschuk- und Asbestindustrie	456	446	2,2	60 187	54 065	10,2

Am verheerendsten hat sich die Krise in folgenden Gewerbeklassen ausgewirkt:

Bauunternehmen und Bauhandwerk	Betriebe			Arbeitnehmer		
	1929	1930	Abn. v. H.	1929	1930	Abn. v. H.
Stellmacherei u. Holzwagenbau	21571	19150	11,2	732 059	509 112	30,5
Gew. und Bearb. von natürlich. Gesteinen	895	712	20,4	24 564	17 644	28,2
Betonwaren u. Betonwerksteinindustrie	4008	3218	19,7	126 844	92 153	27,3
Eisenbau (Eisenkonstruktion)	948	802	15,4	19 561	14 606	25,3
Kalt-, Gips-, Traß- u. Zementindustrie	338	317	6,2	42 715	32 496	23,9
Geminnung von Kies, Sand, Ton u. Kaolin	960	862	10,2	48 186	37 143	22,9
Schiffbau	1274	1126	11,6	25 910	20 235	21,9
Säge- u. Furnierwerke	353	327	7,4	70 209	55 831	20,5
Ziegelindustrie	5356	4831	9,8	131 484	104 631	20,4
	5006	4543	9,2	163 473	131 830	19,4

Die Steinindustrie stand also an dritt-ungünstigster Stelle.

Dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten ist auch zu entnehmen das Verhältnis der Mittel- und Großbetriebe in der Gewinnung und Bearbeitung natürlicher Gesteine:

Mittelbetriebe (mit 5-49 Arbeitnehmern)		Großbetriebe (mit 50 u. mehr Arbeitnehmern)	
Betriebe	Arbeitnehmer	Betriebe	Arbeitnehmer
2694	40837	524	51316

Das Vorherrschende der Mittelbetriebe ist also aufs neue bestätigt. Auf die Mittelbetriebe kamen im Durchschnitt 15,2 und auf die Großbetriebe 96,1 Arbeitnehmer. Hinzu kommen die vielen Kleinbetriebe (bis zu 4 Arbeitnehmern), die jedoch von der Statistik nicht erfaßt worden sind.

Die auf die Steinindustrie bezüglichen Ziffern zeigen, wie schwer dieses Gebiet organisatorisch zu heakern ist und welche ungeheuren agitatorischen Anstrengungen notwendig sind, um die organisatorische Ernte auch nur einigermaßen gut ausfallen zu lassen. Keine Kraft kann bei dieser Kulturarbeit entbehrt werden. E. W.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Lr.

Rundschau

Steueramnestie und Arbeitsbeschaffung. Die deutsche Regierung versucht mit einem neuen Mittel die verschobenen Kapitalien nach Deutschland zurückzuführen. Den Personen, die die Kapitalflucht bewerkstelligt haben, wurde durch frühere Notverordnungen Straffreiheit versprochen, wenn sie ihre verschobenen Kapitalien bis zu einem gewissen Datum zur Steuer angemeldet hätten. Die neue Notverordnung verlängert die Amnestie bis zum 15. Oktober. Zugleich wird damit ein Arbeitsbeschaffungsplan verbunden. Es soll eine Anleihe aufgelegt werden, die zu 4 1/2 Prozent verzinst ist und der Reichsbahn zur Arbeitsbeschaffung überwiesen werden soll. Die Reichsbahnleihe soll steuerfrei sein, und zwar hinsichtlich der Beträge von der Vermögenssteuer, von der Gewerbesteuer, von der Aufbringungsumlage, von der Erbschaftsteuer, ferner hinsichtlich der Zinsen von der Einkommensteuer, von der Körperschaftsteuer, von der Krisensteuer, von der Gewerbesteuer, von der Kirchensteuer und von der Bürgersteuer. Das in Reichsbahnleihe angelegte Vermögen und daraus fließende Einkommen brauchen auch in den Steuererklärungen nicht angegeben zu sein. Es ist also eine umfassende Amnestie für jene, die ihr Vermögen ins Ausland schafften und es nun in Reichsbahnleihe anlegen sollen. Der Zeichner muß sich verpflichten, das Geld fünf Jahre stehen zu lassen. Es soll in den Jahren 1937 bis 1941 ausgelöst und zurückgezahlt werden. Die einkommenden Beträge sollen von der Reichsbahn vermandet werden, hauptsächlich zur Erneuerung des Oberbaus. Man will dadurch der Eisenindustrie, der Holzindustrie, der Steinindustrie usw. neue Aufträge zuweisen, damit sie in die Lage versetzt werden, die bisherige Belegschaft zu halten und neue Arbeiter einzustellen. Auch die Reichsbahn soll dadurch imstande sein, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir wollen nicht verkennen, daß es schwer ist, verschobene Kapitalien zurückzubringen. Jedes erfolgversprechende Mittel hierfür ist zu begrüßen. Wer dieser neuesten Notverordnung nicht Folge leistet, kann mit Geldstrafe, Gefängnis oder Zuchthaus bis 10 Jahren bestraft werden. Der Zweck der Anleihe ist ebenfalls zu billigen. Wenn dadurch zusätzliche Arbeit beschafft werden kann, so ist dies von Vorteil. Hoffentlich gelingt es mit diesem letzten Mittel jene Proletenpatrioten zur Einsicht zu bewegen, damit sie der deutschen Volkswirtschaft die Beträge wieder zuführen, die ihr aus Angst und Geldgier entzogen wurden. Ob der Notverordnung Erfolg beschieden ist, steht dahin.

Gute Erfahrungen mit der sechsstündigen Arbeitszeit. Solange in der Welt große Massen der Arbeiter und Angestellten beschäftigungslos sind, wird die Frage der Arbeitszeit nicht verschwinden. Jedenfalls ist der Achtstundentag durch die Entwicklung bereits überholt. Deshalb geht es heute um die 40-Stunden-Woche oder um die sechsstündige Arbeitszeit. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 27 werden die Erfahrungen über die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages eines großen Mühlenwerks in den Vereinigten Staaten bekanntgegeben. Die Mühlenwerke Kellogg & Co. haben am 1. Dezember 1930 den Sechstundentag, also eine Arbeitszeit von vier Schichten je Tag eingeführt. Über die Erfahrungen darüber hat die Firma einen Bericht veröffentlicht. Dieser geht davon aus, daß in den USA in den letzten 17 Jahren eine Zunahme der Bevölkerung von 25 v. H. zu verzeichnen war, während die Produktion an Lebensmitteln und Rohmaterialien sich um 60 v. H. vergrößert hat. Die Produktion ist also doppelt so schnell in die Höhe gegangen wie die Bevölkerungszahl. Deshalb mußte die Arbeitszeit beschränkt werden. „In unserm Betriebe“, so heißt es in dem Bericht, „sahen uns die Verkürzung der Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden die zweckmäßigste Methode zu sein, um den Betrieb den Notwendigkeiten der derzeitigen Lage anzupassen.“ Die Firma glaubt feststellen zu können, daß bei einer Arbeitszeit von sechs Stunden die Leistungsfähigkeit größer ist als bei einer Arbeitszeit von acht Stunden, da nur für sechs Stunden des 24stündigen Arbeitstages die Arbeitskraft und Aufmerksamkeit des Arbeitnehmers beansprucht werden. Nach Beendigung seiner Arbeit hat der Arbeiter 18 Stunden Ruhe und Erholung, und sein Posten wird von einem anderen Arbeiter eingenommen, der nach 18 Stunden Ruhe und Entspannung vollkommen frisch ist. Die Kellogg-Werke haben ein Ansteigen der Produktionskurve bei den einzelnen Arbeitern festgestellt können. Über die Vorteile der Sechstundenschicht für den Arbeiter wird in dem Bericht folgendes gesagt: „Mehr Zeit für Erholung; Gelegenheit, Haus und Garten zu pflegen, insbesondere bei den Arbeitern, die in den Außenbezirken wohnen; genügend Zeit, um sich weiterzubilden; zunehmender Antriebs, sich in Handfertigkeiten auszubilden usw. Ganz allgemein ist eine weit geringere Abspannung durch die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und die längeren Ruhepausen festgestellt worden, was sich wiederum förderlich auf die Gesundheit und damit auf die Arbeitskraft auswirkt. Weniger vergebene Zeit infolge der Konzentration der Arbeit auf einen kürzeren Zeitraum; verminderte Lebenshaltungskosten, da es möglich ist, alle Mahlzeiten zu Hause einzunehmen usw.“ Schwierigkeiten waren bei dem Lohnausgleich zu verzeichnen. Die Firma hat schließlich eine Erhöhung des Grundlohns von 12 1/2 v. H. vorgenommen. Die Leitung der Kellogg-Werke stellt zum Schluß fest, daß sowohl das Werk als auch die Arbeiter mit den Erfahrungen der Sechstundenschicht zufrieden seien und von letzteren keiner wieder den Achtstundentag zurückwünscht. Wann folgen in Deutschland solche Versuche?

Vier Milliarden Kapitalverluste der Großbanken. Innerhalb eines Jahres haben die sechs Berliner Großbanken einen Kreditorenrückgang von vier Milliarden Mark zu verzeichnen. Vom 31. Juli 1930 bis zum 31. Juli 1931 sank der Einlagenbestand von 12,1 auf 8,1 Milliarden. Mithin ist der Debitorenbestand nach dem Abschluß der ersten Auswirkungen der Kreditkrise ein Drittel geringer als vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte vom Gesamtrückgang, nämlich 2,2 Milliarden entfallen davon allein auf den Juni und Juli d. J. In diesen Ziffern spiegelt sich noch nicht der volle Verlust der Bankanlagen wieder.

Adressenänderungen

1. G a u: Gumbinnen. Kass.: Fritz Unger, Kornstr. 4, I.
2. G a u: Fraustadt/Schl. Vorj.: Ludwig Wojciechowski, Promenade 3.
10. G a u: Lutter. Vorj. u. Kass.: Karl Lauenstein sen., Dflutter, Ringelheim (Hatz) Land.

Briefkasten

E. S. Die von dir geschilderte Handhabung, um die Invalidenunterstützung zu erhalten, ist unzulässig, und wenn der Vorstand hinter solche Manipulationen kommt, hört die Weiterzahlung sofort auf. Verbandsinvalidenunterstützung kann nur in Frage kommen, wenn beim Eintritt der Invalidität die vorgeschriebene Markenzahl bereits geklebt ist. Das geht auch deutlich aus den statistischen Bestimmungen hervor.

Was ist zu tun? Die Fälle mehren sich, in denen Kollegen wegen irgendeiner durch Bestellschein gekauften Sache vor auswärtigen Gerichten verklagt werden. Natürlich können sie nicht hinfahren. Hier ist folgendes zu tun: 1. befrage dir ein Mittellostzeugnis (Polizei oder Gemeinde); 2. bringe das zum nächsten Gericht und erlaube um Hilfe; 3. erledige das sofort und rechtzeitig.

Der Gesamtauflage der vorliegenden Nr. 41 des „Stein-arbeiter“ liegt ein Flugblatt bei: „Ist Sowjet-Deutschland möglich?“

Die Verpflichtung des Unorganisierten! Die deutsche Arbeiterschaft steht in einer Krise, wie wir sie in solchem Ausmaß noch nicht erlebt haben. Trotzdem haben die freien Gewerkschaften ihren Mitgliederbestand so ziemlich halten können. Der geringe Verlust ist zum größten Teil auf natürlichen Abgang durch Tod, Invalidisierung usw. zurückzuführen. Das ist für manchen Kenner der Bewegung erntlich, zeigt aber zweifelsfrei, daß die Arbeiterschaft mehr denn je den Wert der Organisation erkannt hat. Wenn trotzdem der Zugang nicht groß genug war, den Abgang weit zu machen, dann aus dem einfachen Grund, weil der größte Teil der Arbeiterschaft glaubt, heute die ungewohnten Gewerkschaftsbeiträge nicht aufbringen zu können. Immerhin sind noch bald 5 Millionen Arbeiter vorhanden, die sich den Verbandsbeitrag oft unter größten Opfern absparen und die anderen könnten es vielleicht leichter, wenn wie einmal überlegen: Hätten sich die Unorganisierten 1924 verpflichtet, von jedem Großen Lohnerrhöhung den Organisierten bzw. dem Verband nur einen Pfennig abzugeben, (sie bekommen dann jowieo noch 9 Pfg. geschenkt), dann müßten sie höchstens bei den mit Erfolg durchgeführten Lohnerrhöhungen von 30 bis 50 Pfg. je Stunde und 48 Arbeitsstunden in der Woche 1,44 bis 2,40 Mark je Woche zahlen, — also mehr, als der Verbandsbeitrag in der Regel ausmacht! Also nicht einmal 10 v. H. der moralischen Verpflichtung braucht der Unorganisierte zu erfüllen, um ein strammes Verbandsmitglied zu werden. Und das soll unmöglich sein?

Die deutsch-französische Zusammenarbeit

Der Berliner Besuch der französischen Minister war sicher ein historisches Ereignis. Allein schon deshalb, weil seit 1878 kein französischer Minister im amtlichen Auftrag die deutsche Hauptstadt betreten hatte. Zwischen den beiden großen europäischen Nachbarn Deutschland und Frankreich ist seit Jahrhunderten eine Kluft aufgerichtet worden, die eine gedeihliche Zusammenarbeit gehindert hat. Politische und wirtschaftliche Rivalitäten haben nach Ablauf von einigen Jahrzehnten immer wieder zu Kriegen geführt. Für die gegenwärtige Zeit hatte dieser Ministerbesuch nicht minder große Bedeutung. Wenn man schon mal glaubte, daß die Weltwirtschaftskrise auf ihrem Tiefstand angelangt sei, stellten sich wieder neue Schwierigkeiten ein. Der Aufhebung der Gold-einlöspflicht der Banknoten in England sind die skandinavischen Staaten gefolgt. Es ist also noch nicht vorauszu sehen, zu welchen Zuständen die Krise der Weltwirtschaft noch führen wird. Seien wir immer dessen eingedenk, daß der Lebensstandard der Arbeiter von den weltwirtschaftlichen Geschehen mehr oder weniger abhängt. Da der französische Ministerpräsident sich bereits rüstet, zu einer nicht minder wichtigen Besprechung nach Washington zu reisen, so kann die Berliner Ministerbesprechung ein Vorbild zu energischen Anstrengungen der Regierungen zur Überwindung der furchtbaren Wirtschaftskrise werden.

Man hat dem Ministerbesuch mit gemischten Gefühlen entgegen gesehen. War man doch nicht sicher, daß politische Rowdys die französischen Gäste mit Demonstrationen oder Rüpelleiten anderer Art begrüßen würden. Erfreulicherweise können die französischen Staatsmänner die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß der größte Teil des deutschen Volkes zu einem friedlichen Zusammenleben zwischen Deutschland und Frankreich durchaus bereit ist. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten sollen und müssen der Vergangenheit angehören. Die Leiden der Menschheit in den letzten 20 Jahren waren so groß, daß endlich die sichere Basis geschaffen werden muß, auf der ein gesichertes Leben der Kultur und der Daseinsruhe gewährleistet wird. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Welt sind ein Ueberbleibsel des großen Krieges. Nur Rindstöße können der Meinung sein, daß man sich bereits jetzt auf einen neuen Krieg vorbereiten müsse. Das arbeitende Volk Deutschlands hat die Zusammenkünfte der leitenden Minister Deutschlands und Frankreichs in Paris und später in Berlin mit unverhohlener Sympathie begrüßt. Und jeder weitere Schritt, die Beziehungen dieser beiden Länder zu vertiefen, und somit dem Weltfrieden eine Gasse zu bahnen, muß mit allen Mitteln unterstützt werden. Deshalb waren es in erster Linie Angehörige des arbeitenden Volkes, die den französischen Ministern auf den Straßen Berlins zuriefen: Es lebe der Frieden und die Völkerverständigung!

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen kann als ein Anfang der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bezeichnet werden. Als unmittelbares Resultat ist die Schaffung einer **Wirtschaftskommission** anzusehen. In der offiziellen Verlautbarung der Minister beider Länder werden die Aufgaben dieser Kommission festgelegt:

„Die Vertreter der beiden Regierungen sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinigen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden. Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen aufgetragen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet.“

In einem offiziellen Kommentar von deutscher Seite wurden die Abmachungen näher erläutert. Die Aufgabe der Kommission soll keine Abschließung, sondern die mögliche Erleichterung des internationalen Warenverkehrs sein. In den Pressekommentaren zu den Verhandlungen war noch die Rede von Kolonialmandaten, von den Reparationszahlungen, von der Heranziehung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte an großen französischen Arbeiten usw.

Es erscheint uns sehr wesentlich, daß an der zu schaffenden Wirtschaftskommission auch Gewerkschaftsführer beteiligt sind. Bezeichnenderweise war es der französische Ministerpräsident Laval, der die Mitwirkung von Arbeitervertretern an den Kommissionsarbeiten gewünscht hat. Es soll dies auf eine Forderung der französischen Arbeiterschaft zurückzuführen. Die deutschen Gewerkschaften haben schon des öfteren die Forderung erhoben, daß an allen größeren internationalen Abmachungen wirtschaftlicher Art Gewerkschaftsvertreter beteiligt sein sollen. In nicht mißzuverstehender Weise geschah dies auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt zwischen Deutschland und Frankreich. Die Vertreter der Gewerkschaften werden bei den kommenden Verhandlungen eifrige Befürworter der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sein. Sie werden sich aber auch mit dem nötigen Eifer dafür einsetzen, daß bei den verschiedensten Abmachungen die Interessen des arbeitenden Volkes diesseits und jenseits der Vogesen die gebührende Berücksichtigung finden. Es dürfen Entscheidungen irgendwelcher Art nicht getroffen werden, die den Lebensstandard des arbeitenden Volkes noch mehr herunterdrücken. Im Gegenteil muß eine Wirtschaftsverständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Endergebnis dahin führen, die Wirtschaftslage der breiten Masse der Bevölkerung zu verbessern. In diesen Rahmen gestellt, sehen wir der Tätigkeit der Wirtschaftskommission mit einiger Zuversicht entgegen. Vielleicht wird es dahin kommen, daß auch mit anderen Staaten ähnliche Abmachungen getroffen und gemeinsame Kommissionen eingeleitet werden. Damit wären große Hindernisse auf dem Wege zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus dem Wege geräumt.

Der Anfang einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wurde gemacht. Es kommt nun darauf an, diesen zaghaften Anfang zu einem großartigen geschichtlichen Resultat auszuwachsen zu lassen. Ministerbesuche brauchen nicht alle 50 Jahre gemacht zu werden. Es liegen Gründe genug vor, des öfteren Auge in Auge zu verhandeln. Die Geheimdiplomatie muß der Vergangenheit angehören. Die deutschen Gewerkschaften begrüßen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Kulturvölkern und werden ihre Mitarbeit zum Wohle der schwer leidenden Klassengenossen auszuüben bemüht sein.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gallen

- Berjammlungen:**
- Sonnabend, 10. Oktober.
In Zittau um 14 Uhr im Volkshaus.
 - Sonntag, 11. Oktober:
In Langenlathen um 10 Uhr im Lokal von Frau Babette Hüttiger. (Bezirkskonferenz Litho- und Ziramotgebiet.) Alle Zahlstellen müssen vertreten sein; auf je 50 Mitglieder ein Delegierter. Entschuldigungen etwa fehlender Orte gelten nicht. Gauleitung ist vertreten. Eine weitere Einladung an die Bezirkszahlstellen erfolgt nicht.
Die Beiträge an die Bezirkskasse möchten bis zum 14. Oktober abgeführt sein.
 - In Hirschberg (Kiesengeb.) um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“.
 - Dienstag, 13. Oktober.
In Wiesbaden um 16.30 Uhr, im Volkshaus (mit Büchertour).
 - Sonntag, 18. Oktober.
In Grünberg um 9 Uhr bei Kochau.
 - Sonntag, 25. Oktober.
In Essen um 10 Uhr bei Fischer, Frohnhauser Straße. Wichtige Quartalsversammlung mit Büchertour. Alles zur Stelle.

Vertikale Reise, sogenannte Lokalunterstützung wird nicht mehr gezahlt in Wiesbaden und Duisburg; dagegen zahlt Erfurt II (Steinfeker) nur noch 50 Pfennig aus.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am Mittwoch, 14. Oktober, von 9—13 Uhr und von 15—18 Uhr statt.

Lübeck. Hier dürfen keine Steinmehle zureisen.

Berlorene Mitgliedsausweise. In Münster i. W. das Verbandsbuch Nr. 57121 für Fritz Röhr, Steinfeker (auf Wanderschaft) mit sämtlichen Papieren gestohlen. Darum Dacht, Zahlstellenaffierer! Namen und Buchnummer merken, damit kein Mißbrauch mit den entwendeten Papieren möglich ist.

Bücher und Zeitschriften

„Im Dienste der kommunistischen Terror-Organisation“ (Tischarbeit in Deutschland). Von Walter Zeuschel. Verlagsgesellschaft J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68. Kartiert 1 Mark.

Die Bedeutung dieser Schrift kennzeichnet vorzüglich deren Vorwort vom Verlag, der schreibt: Der Verfasser dieses Buches hält Revolution, Handgranaten, Giftampullen und blutige Verbrechen für unerlässliche Mittel des proletarischen Kampfes. Der Verlag ist der Ansicht, daß ihre Anwendung im höchsten Maße schädlich für die Sache des Sozialismus ist. — Der Verfasser erblickt in der Anwendung bürgerlicher Terrormethoden das Heil für die deutsche Arbeiterschaft. Der Verlag ist der Ansicht, daß die Überwindung dieser bürgerlichen Terrormethoden eine unerlässliche Voraussetzung des Sieges der sozialistischen Sache ist. — Warum also, bei so schärf ausgeprägter Gegenläufigkeit der Auffassungen, entschließt sich der Verlag, dieses Buch der Öffentlichkeit vorzulegen?

Weil dies Buch dem aufmerksamen Leser einen Aufschluß über die zu erzielenden Verhältnisse, wie er so eindringlich und nüchtern durch seine noch so mühselige Anstrengung eines politischen Antipoden des Verfassers erreicht werden könnte. Die Zeit, in der wir dieses Buch hinauswerfen, ist wieder einmal charakterisiert durch kommunistische Veruche, die Methoden des Terrors, die der Verfasser zur Anwendung brachte, auf breiter Basis in Deutschland zu beleben. Die Reize der Zeitschrift „Oktober“ und der berüchtigten Broschüre „Der Weg zum Sieg, die Kunst des bewaffneten Aufstandes“ sind von terroristischen Gruppen zur Anwendung gebracht worden; Mannschaften und Offiziere der Polizei sind erschossen worden. Das hinter der nach ungewissen wohlüberlegtem Plan geleiteten Arbeit der terroristischen Gruppen Leute däm Schläge des ruffischen Geistesolen zu stehen, dessen Rolle im Jahre 1923 in diesen Blättern eine große Beleuchtung erhielt, ist in hohem Maße maßgebend. Die Memoiren Zeuschels bezeugen einem Leser höchst aktuellen Interesse. Zeuschel-Burmeister bietet keine Memoiren in Form einer auf feilheitonische Reize und Spannungsmomente nicht verzichtenden Erzählung. Der Verlag hat geschworen, ab er dem bekanntesten Material behalt solle. Er enthielt sich schließlich, das Manuskript zu drucken, wie es vom Verfasser vorgelegt worden war, mit all seiner feilenden Kleinmaterial, einer rissigen Subjektivität und seiner ganzen Unfähigkeit. Der Verfasser verliert, daß seine Arbeit Dichtung und Wahrheit keineswegs mende, daß vielmehr all die wilden Dinge, die der Leser mit verblüfftem Erstaunen zur Kenntnis nehmen wird, sich in bitterer Wahrheit abgepielt haben.

Der Leser wird nach beendeter Lektüre durchaus der Meinung sein: „Ein großer Aufwand war nutzlos verthan!“ Terroristische Unternehmungen mit ihrer Atmosphäre der Verschönerung, in der einer dem anderen miträut, in der einer im andern den Spieß und Beräcker erblickt, in der jede Aktion von taufendfacher Wut und Übergehmtheit, geschürt und geläutert wird, in der ein ungeliebter Nachmittagskaffee — siehe den Hamburger Aufstand — die schönsten konspirativen Pläne über den Haufen werfen kann, tragen in neunundneunzig von hundert Fällen den Keim des Mißlingens in sich, sie sind auf Sand und Sumpf gebaut, sie geraten in Widerspruch zur Logik der Dinge — zu jener Logik der Dinge, für deren Erkennen und Begreifen die großen Theoretiker und Praktiker des Sozialismus, allen voran Karl Marx, der unerschöpfliche Feind der Bourgeoisie und der Saturnin und Blanqui, unermüdet geschrieben, gepredigt und gehandelt haben. — Zeuschel schließt seine überaus interessanten Schilderungen mit der resignierenden Mitteilung, daß er, grauam enttäuscht, den Tag erbarre, der Männern seines Schlages Betätigung und Befriedigung bringen werde. — Da ist denn abschließend zu sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft gerade nach der Lektüre seiner Erinnerungen sehr wahrscheinlich wenig Lust verspüren wird, mit ihm auf solchen Tag zu hoffen.

Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialanfertiger, Stahlschuhhandelsgesellschaft, Garantie für jedes Paar, hochwertige Qualität, reelle Betriber, M 14.75 portofrei



Nichtgetallt, gegen Betribertrag zurück, Herm. Welbers Berufsschuhwerk, Bad Godesberg

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl
Rammen, Brechstanger
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau vieler auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Demitzer Steinsalbe
wird seit Jahren von dortigen Steinarbeitern gegen ausgesprochene und rissige Hände gebraucht und sehr gelobt. 1 Sch. 50 Pfg., 100 Sch. 40 Mk.
Isis-Werke Varel i. O. Postfach.

Steinarbeiterhose, aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., **Mauersocken** 1,10 Mk. **Echt Lindner-Manchesterhosen** Qual. I 15.—, II 11,50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hoffheld, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Strehlen.** Am 26. September der Hilfsarbeiter Reinhold Pilz 48 Jahre alt, 37 Wochen krank, Magenkrebs. — Am 27. September der Steinputzer Paul Jensch, 48 Jahre alt, 85 Wochen krank, Stauhlunge.
 - Reinersenth.** Am 27. September der Granitsteinmetz Martin Schörrig, 60 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungentuberkulose.
 - München.** Am 29. September der Granitsteinmetz Joseph Berger, 71 Jahre alt, 8 Monate krank, Magenleiden.
 - Hamburg.** Am 29. September der Plattenleger Adolf Heitmann, 66 Jahre alt, 14 Wochen krank, Operation. — Am 30. September der Steinsetzer Otto Goronczak, 47 Jahre alt, 9 Tage krank, Blinddarmentzündung.

EHRE IHREM ANDENKEN
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Wittengelschlag, Leipzig.

Der Goldstandard

Zum Artikel „Aktive Währungspolitik“ in Nr. 38 des „Stein- arbeiter“ wird uns aus Kollegentreifen geschrieben:

Sehr gut verständlich ist in dem Artikel Zinsendst, Geldumlauf und der Einfluß auf die Preisbildung von der Geld- und Waren- seite her. Auch der zitierte Satz Dr. Briinnings aus seiner Kund- sfunktrede ist angebracht, jedoch nicht in dem Sinne, daß damit die U r s a c h e der Krise deutlich erkennbar sei, sondern die F o l g e n der Krise in Bezug auf die Goldwährung. Man muß dieses schon auseinanderrichten, Ursache und Folgen. Denn dadurch, daß ein Geldguthaben nicht abgehoben wird, kann keine Krise verursacht werden, sich auch die Kaufkraft nicht vergrößern. Denn es wird ja deutlich gesagt, „da die Kaufkraft des Geldes durch die Ma ß n a h m e n und P o l i t i k der R e g i e r u n g steigt“. Diese Ma ß n a h m e n liegen aber zeitlich seit dem Eintritt der Krise so weit aus- einander, daß sie unmöglich Krisenursache sein können; aber eine V e r s c h  a r f u n g der Krise ist dadurch unwiderprochen ent- standen. Daß die Goldwährung, wohl das bis jetzt robusteste O r g a n des Wirtschaftskörpers, von dessen Krankheit schließlich infiziert wurde, hat erst dazu geführt, das Problem „Goldwährung“ als Krisenfolge besonders aktuell werden zu lassen.

Es ist nun interessant, zu beobachten, wie alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ins Gegenteil umschlagen; es wird nicht besser damit, sondern schlimmer mit jedem Tage. Man will den Goldstandard, der ja die „Stabilität“ der Währung sichert, unter allen Umständen halten, ihn womöglich noch vergrößern, auch wenn die Wirtschaft dadurch zu Grunde geht. Es lohnt sich wohl, diese Maßnahmen, ihre Nachwirkungen in den verschiedenen Ländern und ihre Auswirkungen zum besseren Verständnis auszuführen, um zu erkennen, wie die Goldwahrungskrisis sich weiterfrischt.

Bekanntlich wurde Deutschland zuerst von der Krise betroffen, was wohl zum guten Teil auch auf die Reparationen zurück- zuführen ist, die aber im weiteren hier außer acht gelassen werden. Als eine der ersten Sparmaßnahmen in Deutschland muß die Drosselung der Auslandskredite durch Dr. Schacht gewertet werden. Dadurch gezwungen, folgten Sparmaßnahmen auf Spar- maßnahmen der üblichen Hand, denen auch der Lohn- und Ge- h a l t s a b b a u zuzuzählen ist, weil auch hier wie dort durch die Mat des Staates erzwungen. Doch bis heute hat diese Sparerei keinen Erfolg aufzuweisen; das Gegenteil trat ein. Nun sehen wir, daß sich in andern Ländern, wenn auch in verhältnismäßig geringerem Ausmaß als bei uns, die Situation genau so entwickelt. Nach England ist jetzt auch Holland dazu gekommen, Sparmaßnahmen zu treffen. Die Goldwahrungskrise frisst weiter um sich und wird alle erfassen, Frankreich nicht ausgenommen, doch wahrscheinl. in anderer Form. Davon später. Mit einer an Schabensfreude gren- zenden Aufmerksamkeit beobachten wir, wie in den andern Ländern Finanziers und Politiker „Sparmaßnahmen“, ähnlich und gleich den Deutschen treffen, aber ebensowenig Erfolg damit haben werden, wie Deutschland. Man ist durch die Erfahrungen noch nicht klug geworden, sonst könnte man Deutschland nicht nachahmen. Man denkt wohl: „Bei uns ist das anders, wird sich anders aus- wirken, uns wird die angewandte Kur noch helfen; denn wir sind noch nicht so krank wie Deutschland“; dabei werden sie aber zu- sehends kränker. Sparen ist gut zur Beseitigung überflüssiger Ausgaben. Berengt man aber damit den Markt, dann wird das Gegenteil erreicht! Das Defizit ver- größert sich täglich, weil das wertvollste Kapital, die menschliche Arbeitskraft, brachgelegt wird. Sie wird unproduktiv gemacht und verursacht dadurch ins Ungemessene sich steigende Ausgaben der üblichen Hand, ohne daß neue Werte dafür geschaffen und vor- handene erhalten werden können. Bis jetzt ist die notleidende Mase verhältnismäßig ruhig geblieben, aber der Streik in der englischen Marine ist ein warnendes Zeichen.

Man spürt allenthalben, daß etwas nicht mehr stimmt, und die Politiker versuchen alle Experimente. Doch nur langsam kommt die Erkenntnis, immer erst dann, wenn man dem Vorgänger schuld- gegeben hat und als Nachfolger es schlimmer als jener machen muß. So können wir eine Parallele ziehen zwischen England und Deutsch- land. Die Arbeiterregierung in England soll dieses Land an den Bettelstab gebracht haben nach einem Ausspruch des englischen Staatsmanns Chamberlain. In Deutschland hat man im Früh- jahr 1930 die Sozialdemokratie aus der Regierung gedrückt, weil sie angeblich die Belange der deutschen Wirtschaft in unverant- wortlicher Weise geschädigt habe. Dort wie hier der gleiche Vorwurf! Und die Nachfolger? Sie mußten und müssen noch viel rigorosier in das Wirtschaftsgetriebe hineingreifen, und zaumen den Gaul am Schwanz auf mit ihren Sparmaßnahmen, wenn sie nicht bald dazu kommen, die Wahrungsgrundlage zu ändern.

Denn das Gold liegt brach; es rollt nicht und verliert damit den Maßstab für die Warenbewertung. In Amerika scheint man durch die Ereignisse mit der Rolle darauf gestoßen zu sein, daß Gold nicht mehr die seitherige Rolle spielen kann im wirtschaftlichen Verkehr der Nationen — Hooverjahr —. Frankreich jedoch lehnt die Anhäufung des Goldes in seinen Tresors fort, in dem blinden Glauben, seine politische Vormachtstellung noch zu verstärken und Erfolge auch weiterhin zu erzielen — erfolgreicher Widerstand beim Hooverjahr —. Bis jetzt ist es noch von der allgemeinen Krise ver- schont und beherzigt vorläufig die Lage, indem es dem alten Europa seinen Willen aufzwingt; auch das finanziell für un- bezwinglich gehaltene England mußte ihn verspüren, hat Frank- reich finanziell im Genick sitzen. — Auf die von einigen sudamerica- nischen Staaten verlubten Moratorien sei hier noch hingewiesen.

Au das nun unabandertlich so bleiben, kann dem Gold die seit- her ihm innewohnende Macht nicht genommen werden, nachdem es seine bisher unumstrittene Eigenchaft als stabiler Wertemesser für Waren sowohl als auch für sogenanntes Grundeigentum verloren hat? Die Erkenntnis kommt durch, daß dies möglich ist, daß sogar die ganze wirtschaftliche Entwicklung die Abkehr von der Gold- währung schließlich erzwingen muß, wenn sie, die Wirtschaft, nicht zugrunde gehen will. Theoretisch ist dieses Problem von National- onomen wie auch von der praktischen Wirtschaft schon früher in Angriff genommen worden. Man denke dabei an Roggenanleihe in unerer Inflation; es wurden damals auch „Standardwerte“ anderer Art ohne Erfolg vorgeschlagen. Es liegt, wie schon ge- sagt, ein Zwang vor zur Vanderung der Wahrungsgrundlage, wenn auch noch nicht ohne weiteres klar ist, ob dieser Zwang eine neue sicherere Grundlage bald finden wird für eine andere Währung.

Man fängt an, sich damit zu befassen, ob der vor Bestehen der Münzen als Tauschmittel herrschende Zustand des reinen Waren- tauschhandels wieder aufleben könne, also Ware mit Ware bezahlt würde. Vor einiger Zeit kam von Handelskreisen Nordamerikas das Angebot, Rohstoffe auf langfristigen Kredit zu liefern, und man kann dieses Angebot als Zeichen zur Abkehr von der Gold- währung bewerten, wenn man das Wort „Kredit“ gleich Berech- nung auffaßt und Waren im Gegenwart eingeführt werden können. Unter „bargeldloser“ Verkehr ist grundsachlich auch nichts anderes als ein Berechnen Ware gegen Ware. Die zahlenmäßige Be- wertung beruht auf dem „Goldstandard“. Wird aber Gold beweg- lich als Wertemesser für Waren und geschieht die Berechnung auf lange Sicht, so müssen auf der einen Seite Verluste entstehen, auf der andern unbedeutende Gewinne. Ein solider Handel auf solcher Grundlage ist dann unzuverlässig und wird unmöglich gemacht durch die Unsicherheit der Goldwährung. Alles wurde Spekulation. Das Gold hat die Balance verloren!

Sollen diese Vorgänge, Abwendung von der Goldwährung zu einfachem Tauschhandel, nur eine gewisse Zwischenzeit bestehen und als Druckmittel angewandt werden zur Schaffung einer inter- nationalen Währung? Würde dann das Goldlager in den Tresoren Frankreichs und Amerikas ins Rollen kommen, um aufs neue die Goldbasis für diese Währung festzulegen? Oder wird eine andere Wahrungsgrundlage möglich gemacht, so daß Gold in Zukunft nur mit dem Werte bemessen wird, den seine praktische Verwendungs-

möglichkeit innerhalb der Wirtschaft ergibt. Dann ginge Macht- und Rüstungspolitik, aufgebaut auf der Goldwährung, dem Gold- standard, in die Bruche und wäre damit zum Segen der Mensch- heit erledigt. Vorläufig möchte ich das erstere für möglich halten, also Kampfmittel zum Zweck der richtigen Goldverteilung. Doch wer kann in die Zukunft sehen und die weitere Entwicklung be- stimmen, zumal die Wirtschaft selbst noch ungeahnte Entwicklungsm- oglichkeiten hat und Ueberraschungen jeglicher Art bringen kann. Ist ihr, der Wirtschaft, in ihrer Weiterentwicklung die Gold- währung hinderlich, so verschwindet diese zwangsläufig.

Wie zur Bestätigung bei Niederschrift dieser Gedanken kommt die Nachricht, daß man in England das Gesetz über die Gold- währung aufgehoben hat. Es bleibt abzuwarten, ob die Voraus- setzungen, die man damit verknüpft, zutreffen. Man muß be- achten, daß dieser Vorstoß gegen die Goldwährung von Eng- land kommt. Dem Land der smarten Geschafteleute mit einer beispiellosen Tradition und Erfahrung im Welthandel, das bis zum Kriege der Mittelpunkt der Weltfinanzierung war auf Grund der Goldwährung. Wer sich so gegen eigene Tradition und Ver- gangenheit wendet, wer solchen Mut aufbringt, dem muß man schon zutrauen, eine Erkenntnis mit der Tat beweisen zu können, selbst wenn, wie angekündigt, damit nur ein voruberegender Zu- stand geschaffen werden soll. Die Ereignisse überstürzen sich in Bezug auf das Problem „Goldwährung oder nicht“. Und hier hört das Raten auf! Auch in der kapitalistischen Wirtschaft „kommt es meistens anders, und zweitens als man denkt“. Die Praxis macht hier die wunderlichsten Sprünge. Wie sich die englischen Maß- nahmen auf dem Weltmarkt auswirken, muß abgewartet werden.

Aufruf zur Solidarität!

Ein schwerer Winter liegt bevor! Not und Kälte bedrohen Mil- lionen unserer Volksgenossen. Mitgefühl allein macht keinen Hungernden satt, richtet keinen Verzweifelten aus. Tatkräftige Hilfe ist nötig! Die Solidarität der arbeitenden Massen, in schwersten Zeiten der Vergangenheit erprobt, muß sich jetzt von neuem erweisen. Die Zahl der arbeitslosen Volksgenossen steigt noch immer. Die Dauer der Arbeitslosigkeit führt zu zunehmender Verarmung ganzer Volksschichten.

Wenn durch die Finanzlage von Staat und Gemeinden die Lei- stungen der üblichen Furorge immer ungenügender werden, dann müssen sich alle, die noch arbeiten und alle, die noch über das Notwendige hinaus etwas besitzen, die Hände zu einer besonderen kameradschaftlichen Hilfsaktion reichen. Es geht um die Arbeits- losen und ihre Familien. Es geht um die Kinder, die Jugend, die Invaliden und die Alten. Es sind Klassen Genossen, Hand- und Kopp- arbeiter, die schuldlos aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind.

Die Arbeiterwohlfahrt ruft die Arbeiterkraft und ihre Freunde, alle diejenigen, die für die große Gegenwartsnot Verständnis haben, zu einer Hilfsaktion für unsere notleidenden Klassenkameraden auf. Sie fordert dazu auf, zusammenzutreten und durch kameradschaft- liches Helfen zu beweisen, daß die Schicksalsverbundenheit der Arbeiterkraft lebendig ist und bleibt. Die mitunterzeichneten Ver- bände schließen sich dem an. Wir wissen, daß wir mit dieser Hilfe nicht die sozialen Schaben der kapitalistischen Wirtschaft beheben können. Es geht uns darum, den Kampfesmut und die moralische Kraft der arbeitslosen Klassen Genossen zu erhalten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb alle, an die unser Ruf gerichtet ist, auf, den bei ihnen vorpredenenden mit Aus- weis versehenen Sammlern der Arbeiterwohlfahrt, der die Durc- führung des Solidaritatswertes übertragen ist, einen Beitrag, sei es in Form von Geld oder Naturalien, zu geben. Jeder, auch der bescheidenste Betrag ist geeignet, zu helfen.

Gebt für die Notgemeinschaft des arbeitenden Volkes! Hauptauschu für Arbeiterwohlfahrt e. B. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Hauptvorstand der Soz. Arbeitergen- de Deutschlands. Zentralkommission für Arbeiterreport und Körper- pflege. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Außer den Beiträgen, die für Hausammlungen gegeben werden, nehmen Spenden entgegen die Ortsauschusse und die Bezirks- ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt.

Wer keine Spende nicht orlich geben will, überweise sie auf das Postcheckkonto des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt Berlin Nr. 5982 mit dem Stichwort „Solidaritatshilfe“.

„Nationale Selbsthilfe“, wie die Nazis sie propagieren und auch von anderen Kreisen befürwortet wird, ist ein Unding. Gewiß, man kann sagen: „Das Haus verliert nichts.“ So auch, innerhalb eines Staates kann nichts verlorengehen. Aber wir sind doch keine Selbstversorger, und wenn wir es wären, so haben wir keine Gemeinwirtschaft. Es wird immer vergessen, daß im Staat, inner- halb unserer Grenzen, sich ungeheurer Privatbesitz befindet an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln. Kurz gesagt, es könnte so, wie propagiert, nur gehen, wenn alleiniger Besitzer von allem die Allgemeinheit, der Staat, wäre. Dann aber hätten wir sozialistische Wirtschaft, das wäre Marxismus, den doch diese Herr- schaften bekämpfen; also ist es Essig mit dieser „nationalen Selbsthilfe“.

Und doch müßte es möglich sein, auch für Deutschland in seiner bedrängten Lage sein Milliardenkapital Arbeitskraft mobil zu machen. Kapitalmangel ist es, der dieses Kapital an menschlicher Arbeitskraft brachliegen läßt. „Kapitalmangel, dieser Begriff, der die Voraussetzung verneint, um das Kapital „Arbeit“ in Be- wegung zu setzen, ist eigentlich etwas nicht G r e i f b a r e s“, so schrieb ich schon in Nr. 12, Jahrgang 34, des „Steinarbeiters“. Heute, nach anderthalb Jahren, liegt eine noch größere Summe dieses Kapitals brach. Ich könnte mir die Mobilisierung dieses Kapitals ohne Inflation wohl vorstellen und verweise hierzu auf eine Abhandlung „Notweg“ von Dr. Ludwig Ehrhardt, Heft 31, 12. Jahrgang des „Tagebuches“, in dem die währungs- und bank- technischen Belange eingehend erläutert sind. Doch warum vor- greifen. Vielleicht machen es uns die englischen Vetter vor und nehmen uns den Ruhm: „Allen voran“ in Ueberwindung der Gold- währung und damit auch der Arbeitslosigkeit.

Gibt nun die Möglichkeit einer Wahrungsandernng den Ar- beiterparteien und Gewerkschaften Anlaß zu einer aktiveren Währungspolitik? Die Aktivität wird sich wohl nur entsprechend der Machtverhältnisse in bescheidener Weise auswirken können. Denn bei Schaffung, auch einer anderen Währung ohne Gold- bednung, dem Goldstandard, werden immer die Belange der kap- italistischen Wirtschaft im Vordergrund stehen und beachtet werden müssen. Doch muß vorgezogen werden von den Sachverständigen unterleits, daß diesem Problem „Währung“ bei seiner Lösung keinerlei Arbeiterinteressen zum Opfer fallen. Ich habe auf Grund der Ereignisse gezeigt, wie Berufene und Unberufene an dem Problem herumdoxtern und bis jetzt nur zum Schaden der Arbeiter- schaft. Unier Leidensweg ist lang und steinig genug. Wir müssen bestimmt erwarten können, daß wenn die kapitalistische Wirtschaft, um sich erhalten zu können, das Goldwahrungssystem umkrempelt oder über Bord wirft, eine bessere Zeit für den weiteren Aufstieg der Arbeiterkraft anheben muß.

Dieser Aufstieg wird dann auch schließlich dazu führen, als Wert- messer „treuer als Gold“ den unabandertlichen Menschen selbst zur Grundlage der Währung zu nehmen. Lebensstandard des Menschen auf höchster Kulturstufe, nicht mehr Goldstandard wird dann der Kurs sein, der den Wert der Waren im friedlichen Austausch bestimmt, ungehindert durch Zollmauern und Landes- grenzen. (Red.: Schon gelang und sozialistisch-gewerkschaftlich ge- dacht, auch ganz unsere Meinung, nur paßt dieser Satz nicht in den Zusammenhang mit der Währung hinein; denn unter Währung versteht man allgemein in der Volkswirtschaft den Stoff (Gold,

Silber, Papier) aus dem die in einem Lande maßgebenden Rech- nungseinheiten hergestellt sind. Das weiß der Verfasser jedenfalls auch; dennoch halten wir den Hinweis für angebracht.) Dieses Ziel wird den Gewerkschaften weiter ihren Weg bestimmen und werden sie so „aktive Währungspolitik“ betreiben. S. S a r h o l z.

Internationale Arbeitsbeschaffung und Weltkrise

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hat einstimmig den Be- schluf gefaßt, den Vorstand des IAWB aufzufordern, tatkräftig die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamts in der Rich- tung der internationalen Arbeitsbeschaffung zu unterstützen. Da- mit hat der Kongreß nicht nur dem Bundesvorstand eine neue höchst wichtige Aufgabe vorgezeigt, sondern auch zu einem der aktuellsten und am meisten umstrittenen Probleme der Wirtschafts- politik Stellung genommen.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung deckt sich befanntlich mit der- jenigen der Finanzierung der üblichen Arbeiten. Es kommt nicht darauf an, Arbeiten zu wählen, mit denen man Arbeitslose beschäftigen kann. Auch die organisatorische Seite der üblichen Arbeiten stellt keine übermäßige Schwierigkeit dar. Was wirklich schwierig ist, ist lediglich die Mobilmachung der erforder- lichen Geldmittel, die um das Mehrfache den Betrag der Arbeits- losenunterstutzung übersteigen müssen. In diesem Hindernis sind bisher famliche grozugig eingeleiteten Versuche der Arbeits- beschaffung gescheitert! Dies ist übrigens nur allzu begreiflich. Die Frage der üblichen Arbeiten taucht in der Regel zur Zeit der tiefsten Depression und bittersten Not auf, zu einer Zeit, wo die üblichen Kassen leer sind und die Sparsamkeit bei den üblichen Ausgaben an der Tagesordnung ist. Am meisten denkt man an die üblichen Arbeiten in den Tagen, in denen die Ge- fahr der Kutzung oder Einstellung der Arbeitslosenunterstützung akut wird. Woher nimmt man aber bei einer solchen Lage die für Arbeitsbeschaffung erforderlichen Millionen? Eine Zwei- facher würde in diesem Fall von geringem Nutzen sein, da auf diese Weise lediglich eine Verschiebung der Kaufkraft erzielt würde: um eine Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen, würde man an einer anderen Stelle den Markt schmälern und Arbeits- kräfte freisetzen. Eher könnte man an eine Auslandsanleihe denken. Aber je düstere die Wirtschaftslage, um so ungnustiger werden die Bedingungen auf dem Kapitalienmarkt. Die Krise pflegt das internationale Vertrauen zu gefahren und das Heil- mittel der Auslandskredite versagt in dem Augenblick, wenn es der notleidenden Volkswirtschaft am meisten Not tut.

Damit aber sind die Schwierigkeiten noch nicht erschöpft. Auch wenn es möglich wäre, Auslandskredite für die Finanzgriffnahme von üblichen Arbeiten großen Stils zu finden, bliebe ihre Verwertung für eine von der Krise betroffene Volkswirtschaft nicht unbedenklich. Man müßte nämlich nicht nur die zukunftsige Belastung der Wirtschaft mit der neuen Verschuldung ins Auge fassen, sondern auch die unmittelbare Auswirkung der gewaltigen Kreditaufnahme berücksichtigen. Das Einpumpen der geborgten nämlich Inflationerscheinungen ins Leben zu rufen, nämlich die Loslösung des Preisniveaus auf dem Binnenmarkt von dem- jenigen des Weltmarktes. Dies aber würde die Ausfuhr des in Frage kommenden Landes lähmen und neue Herde der Arbeits- losigkeit schaffen. So verwickelt ist das Problem der Arbeits- beschaffung, wenn man es nicht einfach als Auftragsverteilungs- politik aufstellen, sondern in dieser Richtung den Ausweg aus der Krise, ein Mittel, der Anfurberung der Wirtschaft suchen will! Ein schwerwiegender Fehler wäre aber auf Grund dieser und ähnlicher Erwägungen die Möglichkeit der Bekämpfung der Krise mittels der Arbeitsbeschaffung überhaupt zu verneinen. Die Arbeitsbeschaffung bedeutet nichts anderes, als den Versuch, die infolge der Krise brachliegenden technischen Mittel mit den auf der Straße liegenden Arbeitskräften in Verbindung zu bringen, um auf diese Weise die Produktion zu erweitern, zu- gleich aber auch die Kaufkraft zu schaffen und die Räder der Wirtschaft in Bewegung zu setzen. Unlösbar ist die Aufgabe nicht, utopisch ist es lediglich zu glauben, daß sie mit beschränkten Mitteln, im Rahmen einer Volkswirtschaft in Angriff genom- men werden kann. Und erst recht eine Utopie wäre es, zu glauben, daß ein Land wie Deutschland, das sich in der schwersten Klemme befindet, das Problem allein lösen könnte! Die große Be- deutung des vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlusses be- steht darin, daß er dem Problem der Arbeitsbeschaffung eine wissenschaftl. einwandfreie Formulierung zu geben verstanden hat: „Der internationale Charakter der heutigen Krise, so heißt es in der Resolution des Kongresses, erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine grozugige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.“

Die Arbeitsbeschaffung wird hier als ein Mittel der Be- kampfung der Weltwirtschaftskrise proklamiert, als eine Aufgabe der internationalen Politik gestellt. Bei dieser Problemstellung wird die Gefahr der inflationistischen Auswirkung der Arbeits- beschaffung beseitigt, zugleich aber die Möglichkeit der Finan- zierung der üblichen Arbeiten großen Stils gesichert. Der Kongreß hat den Weg gezeigt: internationale Kreditvereinbarung. Es handelt sich nicht um einseitige Anleihen von üblichen Körperschaften kapitalarmer Länder auf den Kapitalmärkten des Auslands. Es geht um eine Vereinbarung sämtlicher von der Krise betroffenen Länder über eine gemeinsame Aktion, die die Mittel für die Bekämpfung des auf ihnen allen lastenden Uebels mobil machen muß.

Die Einzelheiten stehen noch nicht fest: gerade im Augenblick, da der Gewerkschaftskongreß die Resolution über die internatio- nale Arbeitsbeschaffung verabschiedete, fanden in Genf Bespre- chungen des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamts mit den Vertretern der Regierungen und Banken statt, die die Wege der Finanzierung des internationalen Arbeitsbeschaffungspro- gramms klären sollten. Die Frage wird nicht von heute auf morgen gelöst. Ich glaube aber schon heute die Richtung auf- zeigen zu können, in der die Aktion sich entwickeln muß und sich entwickeln wird:

Die Milliarden für die Finanzierung der internationalen üblichen Arbeiten können selbstverständlich nicht auf Grund gewöhn- licher Herausgabe von Schuldverschreibungen aufgebracht werden: 1. die auf diese Weise mobilgemachten Kapitalien wären zu teuer; 2. sie müßten von einer anderen Anlegung abgezogen werden; 3. die üblichen Arbeiten in den notleidenden Ländern können nicht die Privatkapitalisten locken, die ihr Geld frei halten wollen . . .

Das Problem wird nur durch die i n t e r n a t i o n a l e K r e d i t - l  o s u n g gelöst. Wer sich für die internationale Arbeits- beschaffung ausspricht, setzt sich mit demselben Atemzug für die internationale Kreditlosung ein, d. h. für eine internationale Politik, die eine zulässige Kaufkraft ins Leben ruft. Diese Politik wird sich nichtsdestoweniger allmahllich durchsetzen. Es wird schwer- lich einen anderen Weg bezüglich der Einwirkung auf die Welt- wirtschaftskrise geben. Das Leben ruft: Nicht stehenbleiben, weiter- gehen! Deshalb freuen wir uns, daß der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt diesem Ruf folgend den Weg der aktiven Weltwirt- schaftspolitik, den Weg der internationalen Arbeitsbeschaffung auf Grund einer internationalen Kreditaktion beschritten hat. Vieles wird jetzt davon abhängen, ob es den Gewerkschaften aller Länder gelingt, die von den deutschen Gewerkschaften einmütig eingeleitete Aktion mit derselben Enthusiasmus und Entschlossenheit weiter zu verfolgen. Mehr als 25 Millionen Menschen warten auf Arbeit. Deshalb ist es an der Zeit, einen Anfang zu machen.

Wladimir Woytinsky

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Ein uraltes Gewerbe geht unter

Aus Mühlbach in Baden und dessen Umgebung, wo einst eine blühende Steinindustrie vorherrschte, sendet uns W. Bregler eine Skizzenreihe der jetzigen Verhältnisse, die fast auf alle Steinbruchbezirke zutrifft:

Am äußersten, südöstlichen Zipfel des Kraichgau's, gerade, als schon zu unserem Nachbarland Württemberg gehörend, liegt die etwa 1200 Einwohner zählende Gemeinde Mühlbach. Zwei, mitten durch herrlich angelegte Felder führende Landstraßen vermitteln den Verkehr mit den nächstliegenden Bahnstationen Sulzfeld und der früheren Amtsstadt Eppingen. Ein markantes Bild bietet sich dem Beschauer, wenn er von den Höhen und Westen der Gemeinde, gleichsam zum Troste und als Wächter in die Höhe ragenden Burgruinen der Ravensburg und des Ottilienberges auf den etwas im Tal liegenden Flecken hinüberblickt. — Schon beim Eingang in den Ort muß jedem Aufmerkamen die wohlgeordnete Bauweise, in der die Häuser aneinandergebaut sind, ins Auge fallen. Keine verputzten und bemalten Kunststeinbauten, sondern nackte, einfache Natursteine waren schon seit einem Jahrhundert der unibertreffliche Baustoff für die durch Fleiß der Bewohner erstellten Wohnhäuser. Einzig bewahrt er im Gebäuden ihre gleiche Farbe und ihre immerwährende Frische und damit ein anmutiges Ansehen. Die zum Teil mit künstlerischen Verzierungen und Erfern versehenen Bauten erwecken in dem Beschauer unbedingt unteilbare Anerkennung der Natursteinbauten. Besonders das, etwa in der Mitte des tiefelförmig angelegten Ortes, im Jahr 1902/03 von geschickten Fachleuten neu erbaute Rat- und Schulhaus dürfte am besten ein anerkennendes Zeugnis ablegen von dem allgemeinen Verständnis, das von der Mühlbacher Einwohnererschaft damals schon der Steinbaukunst entgegengebracht wurde. Auch die übrigen an der Ortsstraße gelegenen Steinbauten sind schlagende Beweise für die schon vor Jahren der Bauart entgegengebrachte Anerkennung. Die Straße führt vom Ausgang des schmalen Ortes durch saftige grüne Matten, von wo aus schon die meterhohen, zum Teil bereits schon mit Sträuchern und Moos bewachsenen Geröll- und Schutthügel zu sehen sind. Das Gelände steigt an, die Straße schlängelt sich durch Laub- und Nadelholz-anlagen, bis wenige hundert Meter vor der schwäbisch-badischen Grenze links seitwärts das gelblich-grüne Gestein ansteht. Noch vor wenigen Jahren war in den von dem Beschauer jetzt sichtbaren, fast menschenleeren, verödeten Werthütten reges Arbeitsleben und eifriger Geschäftsbetrieb. Die ganze Steinbruchanlage war geradezu ein halbes Dorf, in dem morgens die tatkräftigen Arbeiter einzogen, die abends wieder in den Wohnort Mühlbach, zum Teil auch in das nahegelegene Sulzfeld und in die Nachbarorte des Schwabenlandes zurückkehrten. Die auf Fortschritt bedachten Unternehmer erstellten sich für den kaufmännischen Betrieb in ihren von der Gemeinde gepachteten Brücken eigene Büros und entbehrten selbst nicht der neuzeitlichen Betriebsrichtungen. Auch die Modernisierung durch Motorenaufstellung zum Aufziehen der Lasten überholte den alten, eingewurzeltten Handfrankenbetrieb. Für das Behauen des Steines selbst können zum Vorteil der gelehrten Steinhauer Maschinen bis heute infolge der ungleichmäßigen Härte des Gesteins noch nicht verwendet werden. Generation um Generation der Einwohner des Ortes erlernten das achtfache Steinhauerhandwerk und, wenn auch die Gesundheit durch die Einwirkung des für die Lunge schädlichen Steinstaubes darunter liddete, so war der Steinbruch für die Bewohner doch eine gute Erwerbsmöglichkeit und er verdiente in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts sogar als „Goldgrube“ angesprochen zu werden. Die Unternehmer befaßten sich noch vor wenigen Jahren mit dem Gedanken, ihre zum Teil eigenen Werksbetriebe durch Kraftwagen neuzeitlich zu gestalten. Heute aber sind derartige Entschlüsse, die damals begrüßt wurden, durch die trostlose Lage und den Niedergang der Sandsteinindustrie undurchführbar. — Der Wind pfeift durch die menschenleeren Arbeitshütten im Steinbruch — künstlerische Fähigkeiten der Steinhauer werden begraben — ein achbares und solches Handwerk geht mit großen Schritten seinem Untergang entgegen.

Seit etwa vier Jahren werden die erwarteten Geschäftsaufträge immer weniger und sie haben sich besonders dieses Jahr auf einen kleinen, völlig ungenügenden Teil vermindert, so daß die Arbeitnehmer auch während des Sommers genötigt sind, die Arbeitslofen für die Inanspruchnahme zu nehmen. Die meisten der arbeitslosen Steinhauer müssen schon mit der Kräfteerhaltung betret werden, wodurch der Gemeinde ein ganz erheblicher Aufwand erwächst. Andererseits muß die Gemeinde ihre sämtlichen Einnahmen aus dem Steinbruchpaß entbehren, auf die sie heute mehr denn je notwendig angewiesen wäre. Unternehmer wie Arbeiter müssen sich notgedrungen auf die infolge der kleinen Gemarkung nur spärlich vorhandene Erwerbsmöglichkeit im Ackerbau verlegen. — Während noch in den Vorkriegsjahren Hunderte von Arbeitern im Steinbruch ihr Brot verdienten, ist es heute sogar den Unternehmern nicht mehr möglich, im Steinbruch ihren Erwerb zu finden. Was dieser Niedergang der hiesigen Steinindustrie und den übrigen Gewerben, insbesondere dem Schmiede- und Beförderungsgewerbe schadet, wissen am besten die davon Betroffenen zu schätzen. Auch deren Existenz ist gefährdet und sie sind genötigt, einem anderweitigen Erwerb nachzugehen. — Soll diese einstmals so blühende Sandsteinindustrie ganz dem Untergang geweiht sein? Will die Architektur nicht wieder der Naturstein für „modern“ anerkennen und damit untern Steinarbeitern eine so notwendige Hilfe angedeihen lassen? Selbst die in unfern badischen Städten Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Freiburg, Konstanz u. a. aus Mühlbacher Naturstein erstellten Bauten bieten der Bauherren und den Architekten genügend Gewähr dafür, daß seine Farbe stets frisch ist und daß Reparaturen an den Gebäuden für immer entbehrlich sind. Schon aus diesem Gesichtspunkte und ebenso, um ein uraltes Gewerbe lebensfähig zu erhalten, sollte jeder Bauherr prüfend die Frage abwägen, ob er bei Vergebung seiner Arbeiten doch dem Naturstein den unbedingten Vorrang zuteil werden lassen sollte. Damit wäre der unaufhaltbare Verfall der kostbaren Mühlbacher Natursteine entgegengetreten und ein ehrbares Handwerk, dem der Untergang unmittelbar bevorsteht, am Leben erhalten.

Die internationale Betätigung der Frauen

Ohne Zweifel ist nach dem Kriege die internationale Zusammenarbeit sehr gewachsen. Mehr oder weniger haben alle Berufe Vereinigungen, die über die Landesgrenzen hinweggehen. Das „Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik“, herausgegeben vom „Internationalen Arbeitsamt“, gibt einen Einblick über die internationale Betätigung der Frauen. Im Jahre 1930 sind verschiedene internationale Verbindungen des weiblichen Geschlechts hinzugekommen. So beschloß im August 1930 eine Versammlung der Geschäftsfrauen und Vertreterinnen der freien Berufe die Errichtung einer Internationale zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und ständiger Verbindung unter diesen Frauenkreisen zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen. Auf Anregung einer amerikanischen Vereinigung schlossen sich die extremen Frauen verschiedener Länder in Genf zur „Equal Rights International“ (Internationale Vereinigung für Gleichberechtigung) zusammen; sie bezweckt den Kampf um die Erlangung der unbedingten Gleichheit der gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter. Eine Frauenkonferenz in Honolulu beschloß die Errichtung einer Frauenvereinigung der Pazifischen Länder. In Wien tagte im vergangenen Jahre der Internationale Frauenrat, dessen Organisation 40 Millionen Mitglieder umschließt sollen. Gleich-

zeitig mit dieser Veranstaltung wurde die Internationale Vereinigung der Landfrauen gegründet. Die Konferenz dieser Internationalen befaßte sich mit dem Problem des Weltmarktes, der Normung von Erzeugnissen, der landwirtschaftlichen Ausbildung der ländlichen Jugend, der Rechtslage der Bauernfrauen innerhalb der landwirtschaftlichen Gesetzgebung usw. Des ferneren war die Internationale genossenschaftliche Frauengilde zusammen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Panindische Frauenkonferenz, die ebenfalls 1930 stattfand, zeigt, welchen raschen Fortschritt die Frauenbewegung selbst in Asien macht. Die Frauen von Vorderasien waren im Juli 1930 in Damaskus versammelt, um ihren gemeinschaftlichen Willen zur Selbstbefreiung durch Zusammenfluß zu stärken. Daß das Frauenkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale zu den aktivsten internationalen Frauenvereinigungen zählt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Bezüglich der Gewerkschaften bemerkt das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik folgendes: „Die Beteiligung der weiblichen Mitglieder der gemischten Gewerkschaften am Gewerkschaftsleben nimmt von Jahr zu Jahr an Umfang zu und entwickelt sich immer mehr zu einer spezifischen, den besonderen Bedürfnissen der Arbeiterinnen entsprechenden Tätigkeit. Unter dem Druck ihrer besonderen Bedürfnisse schließen sich die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder mehr zusammen. In mehreren Ländern haben die gemischten Gewerkschaften Frauenausschüsse, namentlich zur Ausbildung von Führerinnen für den weiteren Ausbau der Arbeiterinnenverbände, gebildet.“

In der verfaßt in Erscheinung tretenden internationalen Betätigung der Frauen zeigt sich die Befreiung der Frau von jahrhundertelanger Bevormundung sehr deutlich. Die Ansätze zur Selbsthilfe berechtigen zu großen Hoffnungen.

Das Recht der Frau in der Ehe

Das Bürgerliche Gesetzbuch stimmt in seinen familienrechtlichen Vorschriften mit dem Artikel der Reichsverfassung nicht überein. Auf dem kürzlich stattgefundenen Deutschen Juristentag in Lübeck wurde die Frage erörtert, inwieweit das BGB. einer Umgestaltung bedürfe, damit das Recht der Frau in der Ehe gemäß der Entwicklung und den Bestimmungen der Reichsverfassung gewährleistet wird. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag der Frau Dr. Marianne Weber. Die Vortragende erklärte, daß das patriarchalische System in der Ehe auf einer uralten kulturellen Tradition beruht, die bis zu dem biblischen Mythos zurückreicht. Die wirtschaftliche Entwicklung und die gegenwärtige Stellung der Frau im Gesellschaftsleben hat gegen die Patriarchalordnung in der Ehe entschieden. Nicht nur die Tatsache, daß die Frau in zahllosen Fällen genötigt ist ihr Brot außerhalb der Ehe zu verdienen, hat der alten Ehe ihr Ende bereitet, es hat sich auch ein neues Eheideal durchgesetzt, das von der Gleichberechtigung zweier in Liebe und Lebensgemeinschaft verbundener, sittlich gleichwertiger und selbstverantwortlicher Menschen ausgeht. Dieses neue Ideal verbietet nicht jede Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes. Die freiwillige Unterordnung ist jedoch etwas anderes als die von der Rechtspflege erzwungene. Das alte Rechtssystem hat von jeher das Lebensglück zahlreicher Frauen unnötig beeinträchtigt und ihre Entwicklung zur Selbstständigkeit verhindert. Die Selbstmündigkeit der Frau und ihre volle Mitverantwortlichkeit sind die Voraussetzungen, auf denen sich die Ehe und deren Recht aufzubauen hat. Deshalb sind einseitige Autoritätsenthebungen nicht mehr denkbar. Bei Interessentensittlichen sind vielmehr nur freiwillige Vereinbarungen und freiwillige Unterordnungen mit dem sittlichen Willen der Ehe vereinbar. Frau Marianne Weber kommt aus alledem zu der Forderung einer Neuordnung des Familienrechts. Der Gesetzgeber muß nicht nur auf die sachlichen Erfordernisse der Ehegemeinschaft, sondern auch auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Frau Rücksicht nehmen. Die Frau muß ein Recht erhalten auf ein bestimmtes den Familieneinkünften entsprechendes Haushaltsgeld und ein Sondergeld für ihre persönlichen Bedürfnisse, damit sie nicht vom Belieben des Mannes abhängig ist. Nach der Aussprache, an der sich mehrere Frauen beteiligten, wurden folgende Leitsätze zur Umgestaltung des BGB. angenommen: „Die das Rechtsverhältnis der Ehegatten und Eltern regelnden Teile des Familienrechtes des BGB. können nicht nur wegen der in der Reichsverfassung ausgeprochenen Gleichstellung der Geschlechter nicht mehr aufrecht erhalten werden; auch die veränderte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Funktion der Frau verlangt dieses. Die Durchsetzung dieses Grundgedankes erfordert die Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des persönlichen Eherechts, des Güterrechts, der elterlichen Gewalt bei bestehender und aufgelöster Ehe und des Vormundschaftsrechts.“ Diesen Forderungen ist zuzustimmen. Die rechtlichen Grundlagen einer Gemeinschaft müssen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Gesundheitspflege im Oktober

Durch einen bunten Wechsel von Sonne, Wind und Regen ist in unseren Breiten die Witterung des Monats Oktober gewöhnlich gekennzeichnet. Da heißt es besonders aufpassen, daß wir an unserer Gesundheit keinen Schaden nehmen.

Zunächst ist zu beachten, daß gerade in den Oktobertagen auch der Sonnenschein trügt! Wohl ist es mittags in der Sonne warm, aber morgens und abends meist schon recht kühl. Darum veräume man nie bei längerem Ausgange den Mantel mitzunehmen und die Kleidung überhaupt, insbesondere die Unterbekleidung, der jeweils herrschenden Temperatur anzupassen. An Regentagen Sorge man besonders für einen bequemen, wasserfesten Schuh mit starken, für Wasser undurchlässigen Sohlen. Sind die Füße trotzdem naß geworden, so wechsele man, zu Hause angelangt, schnellig Schuhe und Strümpfe, und vergesse nicht, vorher auch den Fuß abzutrocknen.

Gerade die nassen Füße bilden eine Hauptquelle für Erkältungen aller Art, wie sie ja im Oktober überhaupt an der Tagesordnung sind. Hierher gehören die verschiedenen rheumatischen Erkrankungen: Muskelrheumatismus, Hexenschuß u. dgl., die schmerzhaften Nervenzündungen, wie Gesichtsnervalgien, Ischias usw., und nicht zuletzt Husten, Schnupfen und Halsentzündungen. Die einfache Halsentzündung oder richtiger Mandelentzündung, die mit Fieber, Schluckbeschwerden, Rötung und Schwellung des Rachens und weißlichen, punktförmigen Belägen der zu beiden Seiten der Gaumenbögen gelegenen Mandeln einhergeht, verläuft meist gutartig. Allein auch der leichtesten Mandelentzündung kann man es nicht von vornherein anheben, ob sich aus ihr eine der gefürchteten Nachkrankheiten, wie Herzkrankheiten, Gelenkrheumatismus oder Nierenentzündung entwickeln wird. Auch Teilerkrankung einer anderen Erkrankung, wie z. B. des Scharlachs, kann eine Mandelentzündung sein, und endlich verbergte sich bisweilen unter dem Bilde einer zunächst harmlos aussehenden Mandelentzündung sogar eine Diphtherie.

Darum achtete man stets auch der leichtesten Mandelentzündung die nötige Beachtung und rufe, zumal wenn Fieber vorhanden ist, unverzüglich den Arzt. Als Vorbeugungsmittel empfiehlt sich, neben sorgfältiger allgemeiner Mundpflege durch Gurgeln, Zähneputzen usw., vor allem die Verhütung vor Erkältung, soweit dies irgend möglich ist, und Abstandhalten von erkrankten Personen, durch deren Husten, Niesen, Sprechen usw. Keime verstreut und damit eine Ansteckungsgefahr von Person zu Person geschaffen wird. Gleiche Aufmerksamkeit zur Vermeidung von Krankheitsübertragung verlangen schließlich auch die von Kranken benutzten Ess- und Trinkgeräte, die besonders gekennzeichnet und nach Benutzung sorgfältig mit heißem Sodawasser gereinigt werden müssen.

Dr. C. A.

Sie verkaufen ihren Leib

Wie groß die Not der Menschen ist, kommt in einer Notiz zum Ausdruck, die wir in der Deutschen medizinischen Wochenschrift finden. Ein trauriges Zeichen des wirtschaftlichen Tiefstandes unserer Zeit, so heißt es da, „sind die vielen Angebote von Personen, die ihren Körper für wissenschaftliche Versuche gegen Entgelt zur Verfügung stellen wollen.“

Solche Angebote kommen allerdings praktisch nicht in Betracht, da die Verwendung von Menschen für solche Versuche in dieser Weise nicht geschieht. Aber es ist doch wirklich bezeichnend für die Not, daß die Menschen so ihren Leib gegen Bezahlung anbieten.

Die bösen Gewerkschaften sind schuld

Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Cassel nimmt im „Berliner Börsen-Courier“ zu der englischen Finanzkrise Stellung. In diesem Artikel glaubt dieser Herr den Gewerkschaften die Schuld an dem Zusammenbruch in die Schuhe schieben zu können. Dies geschieht in folgender Weise: „Während das Weltpreinsniveau der letzten zwei Jahre unaufhörlich gefallen ist, haben die englischen Gewerkschaften selbst im großen ein unverändertes Lohnniveau aufrecht erhalten. Dadurch wird eine Störung der natürlichen wirtschaftlichen Gleichgewichtslage bewirkt, die auf die Dauer zu ganz unhaltbaren Gegensätzen führen muß. Die nächste Folge wird eine steigende Arbeitslosigkeit sein; wenn die Regierung derselben mit wachsenden Unterstüzungen der Arbeitslosen begegnet, ruiniert sie die Staatsfinanzen und legt das Land einem wachsenden Mißtrauen aus. Gleichzeitig wird in dieser Weise eine Kaufkraft der Bevölkerung aufrechterhalten, die zu einer fortgesetzten Wareneinfuhr im großen Umfang führt. ... Das jetzt Geschehene muß eine sehr kräftige Warnung sein gegen jede Fortsetzung der entarteten Unterstüzungs politik und der sozialistischen Experimente. Da die Unbeweglichkeit des englischen Lohnniveaus England an denjenigen Herabsetzung der nominellen Kaufkraft der Bevölkerung verhindert, die notwendig war, um das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wiederherzustellen, wurde die englische Politik vor die Wahl zwischen zwei verschiedenen Programmen gestellt. ...“

Diese Auslassung einer Kapazität im internationalen Finanzwesen wird wahrscheinlich in allen Ländern nachgebetet werden. In dieser und ähnlicher Weise wird der Sturm auf den Lohnstandard der Arbeiter begleitet sein. Angesichts dieser Hege gegen die Arbeiter ist es an der Zeit, zu Gegenmaßnahmen zu schreiten. In Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie in England. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß kündigte der Kollege Leipart ein Zusammenwirken der deutschen und englischen Gewerkschaften an, wenn es sich durch den Gang der Verhältnisse erforderlich machen sollte. Uns scheint, daß dieser Augenblick durch die englische Finanzkrise gekommen ist. Die Gewerkschaften der beiden Länder müssen, vielleicht unter der Führung des IGB., die schwierige Lage miteinander beraten und Maßnahmen beschließen, die eine Gesundung der Wirtschaft verheißen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu wahren geeignet sind.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Der Bücherkreis“, Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder. 7. Jahrgang, 1931. Heft 4. Sonderheft „Angelsächsische Literatur“. Titelblattzeichnung von H. G. Müller. Topographische Ausstattung von Jan Eichold, München. 32 Seiten. Verlag: „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 60 Pfennig.

Das neue Bücherkreisleitwort schließt in verschiedener Hinsicht an frühere an. Wurde im vorhergehenden die Literatur behandelt, so wird diesmal die angelsächsische Literatur (England und Amerika) geführt und in ihrer engen Verflechtung mit der Wirtschaftsentwicklung dargestellt.

Nach in anderer Hinsicht schließt das Heft an Früheres an. Wieder finden wir darin unter dem Titel „Arbeiter senden Gedichte ein“ eine kleine ausschließliche Anthologie zeitgenössischer Arbeiterdichtung.

Unter den geschäftlichen Mitteilungen dürften besonders die Hinweise auf die nächsten, noch vor Weihnachten herauskommenden Neuerlichkeiten von Interesse sein. Direkt für deutsche Leser schrieb der bekannte englische Publizist Paul Banks seinen Roman „Das geduldige Albion“, in dem er die unmittelbare Gegenwart der englischen Arbeiterbewegung widerspiegelt. Ferner erscheint ein neuer Roman von Oscar Wilde, „Der Baldaus und seine Streiche“, der eben erst im gleichen Verlage in der Jubiläumsausgabe (92. bis 100. Teilband) herausgegeben ist. Sein neues Buch ist aber ein historischer Roman aus der interessantesten Epoche der mittelalterlichen christlichen Kirche: „Van Hus — Der letzte Tag.“

Dem Heft liegt das neue, vollständige Verlagsverzeichnis des Bücherkreises bei. In sieben Jahren mühevoller Aufzuarbeit ist hier — das beweist der Katalog — ein Stück wertvoller Kulturarbeit geleistet worden, zu deren weiterem Ausbau jeder nach seinen Kräften — als Buchkäufer und als Werber — beitragen sollte!

Die Wandlungen der Gottesvorstellung. Von Dr. Fritz Schiff. Urania-Freidener-Verlag, G. m. b. H., Jena. Mit 10 Abbildungen. Brochüriert 1,50 Mark, in Ganzleinen 2 Mark, Vorzugsausgabe 2,75 Mark.

Die meisten religionswissenschaftlichen Forschungen über dieses Thema sind auf die vorgeschichtliche Zeit beschränkt und auch trotz allem reichen soziologischen Material ideengeschichtlich orientiert. Die Arbeit von Schiff enthält diesen Mangel nicht. Er betrachtet nicht die Idee Gottes an sich, sondern definiert gleich im Vorwort Gott als eine gesellschaftliche Bewußtseinsform. Grundsätzlich wird nachgewiesen, daß die Formen der jeweiligen Gottesgötterwelt die jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechen. Es werden behandelt die Formen der Gottesvorstellung in den primitiven Urzeiten, die Götterwelt der alten Feudalgesellschaften

— hier wird der Religion Ägyptens und Babylons ein besonderer Abschnitt gewidmet — und die Entwicklung der christlichen Gottesgötterwelt. An den Werken der bildenden Kunst, die Schiff immer mit zum Beweise heranzieht, wird der Gesamtstand zum europäischen Herrschaftsbereich herangezogen. Schiff legt dann weiter den heute so viel geläufigsten naturwissenschaftlichen Monismus an seinen richtigen Ehrenplatz, zeigt aber zugleich seine Grenzen, denn Gott kann niemals durch die Theorie, sondern allein durch die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Daseins übermunden werden. Im letzten Kapitel werden die verschiedenen neuen religiösen Strömungen geschildert, die im Weltkrieg und in der letzten kapitalistischen Weltkrisis entstanden sind. Deutlich wird gezeigt, daß es jetzt für die Mächte der Vergangenheit nicht mehr um einen Gottesbeweis geht, sondern um die Autorität der Kirche, daß Gott jetzt letzten Endes Gegenstand des politischen Kampfes geworden ist.

Das Buch ist außerordentlich lebendig geschrieben und das Material so übersichtlich angeordnet, daß man sich bequem über jede gewünschte Epoche unterrichten kann. Nicht nur der Akademiker, auch der Gelehrte überhaupt alle sollten dieses Buch lesen, da gemerkt wird, daß das proletarische Freiheitsbewußtsein keineswegs, wie man so gern behauptet, in der Auflösung oder im Naturalismus festgefesselt ist, sondern sehr lebendig ist und durch den Marxismus erst die Möglichkeit erhalten hat, dieses Thema gründlich wissenschaftlich zu behandeln.

Wie wird das frische Herz gesund? Die Entstehung, Verhütung und Behandlung der Herzkrankheiten. Von Sanitätsrat Dr. Giffi, neu bearbeitet von Prof. Dr. Karl Tönniges. Verlag: Hans Hedewig Knack, Kurt Rommiger, Leipzig. Preis 2 Mark, gebunden 3 Mark.

Ueber den Wert der Schrift urteilt ein Sachverständiger (Dr. med. G. Zentgraf) in einem beliebigen Blatt wie folgt: „Es ist der Vorzug dieser auf streng wissenschaftlicher Basis aufgebauten Schrift, in leicht verständlicher Darstellungsform alles das dem Laienleser zu geben, was wir über die Bedeutung des Herzens, seine Aufgaben im Haushalte des gesunden Körpers, seine Durchblutung, seine Abwehrkräfte, seine Einflüsse auf andere Organe und seine Abgabe und Behandlung in gesunden und kranken Tagen wissen. So erfüllt ihre Aufgabe naturgemäß in zwei Hauptteilen, einmal in das, was wir Vorprophage nennen: die Verhütung von Herzleiden durch entsprechende Lebensführung, allgemeine Körperpflege und Abhärtung, richtige Ernährung, Körperliches, und was sehr wesentlich ist, seelisches Training. Daß die Verfasser neben den physischen gleichwertig auch die seelischen Momente in ihrer störenden und krankmachenden Einwirkung auf Herz betonen: die enge Verbundenheit von Körper und Geist erscheint mir ein ganz besonderes Verdienst. Dementsprechend gestalten sich auch die Vorschriften für Behandlung und Heilung der einzelnen Herzleiden. Sehr hoch bewerte ich dabei, wie sie das Hauptgewicht nicht auf Medikamenten, die immer erst in zweiter Linie kommen sollten, sondern auf physikalisch-diätetische Anwendungsformen legen, die ich letztere aus persönlicher Erfahrung heraus auf reine Frischluft festlegen möchte. Wenn sie von dem übertriebenen Gebrauch elektrotherapeutischer Eingriffe und der noch immer als Heilmittel gepriesenen Höhenjonne warnen, so kann man dem nur zustimmen. Das Ganze ein sehr lesenswertes Büchlein.“ — Dem schließen wir uns nach dem Studium der Schrift an; sie ist wohl eine für Laien am klarsten und überzeugendsten verfaßte unaufdringliche Abhandlung auf diesem Gebiete, der man mit gutem Gewissen weitest Verbreitung wünschen kann. Der verhältnismäßig geringe Preis ermöglicht das auch.

Ist Sowjet-Deutschland möglich?

Die Kommunistische Partei propagiert die Errichtung eines Sowjetdeutschland. Gestützt auf die militärische und wirtschaftliche Hilfe Sowjetrußlands werde ein Sowjetdeutschland, so behauptet die kommunistische Propaganda, sich gegen alle Widersacher behaupten und durchsetzen. Es allein sei in der Lage, die Not und das Elend für die breiten Massen zu beseitigen, den vielen Millionen, die heute erwerbslos sind, Arbeit und Brot zu geben.

Es sei einmal unberücksichtigt geblieben, wie weit die machtpolitischen Möglichkeiten zur Errichtung eines Sowjetdeutschland überhaupt gegeben sind. Hier sollen nur ganz kurz die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Sowjetdeutschlands untersucht werden, das nach dem kommunistischen Rezept mit allen kapitalistischen Ländern radikal bricht und sich allein auf Sowjetrußland und seine Hilfsquellen stützt. Die ganze Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens tritt dabei sofort zutage.

Ein Vergleich der ökonomischen Verhältnisse der beiden Länder, der gerade vom marxistischen Standpunkt aus die Grundlage aller Betrachtungen bilden muß, ergibt, daß sich unter allen Großmächten keine größeren ökonomischen Unterschiede zeigen als zwischen Deutschland und Rußland.

Hier einige der wesentlichsten Tatsachen:

Deutschland ist ein industriell hochentwickeltes und durchgebildetes Land.

Rußland dagegen steht erst im Anfang einer industriellen Entwicklung — dort, wo Deutschland vor etwa 90 Jahren stand.

In **Deutschland** leben 75 Prozent der Bevölkerung von Industrie, Handel und Verkehr, 25 Prozent von Landwirtschaft.

In **Rußland** gehören 80 Prozent der Bevölkerung der Landwirtschaft an, nur 20 Prozent leben von der Industrie und dem Verkehr.

In **Deutschland** muß der nach allen Richtungen hin verflochtene komplizierte Wirtschaftsmechanismus ohne Unterbrechung funktionieren, sollen nicht Tausende von Betrieben stillgelegt und weitere Millionen Menschen arbeitslos werden. Schon die kurzen Bankfeiertage im Juli wirkten sich unheilvoll aus.

In **Rußland** können ohne allzu große Gefahren bedeutende Experimente gewagt werden, da sie sich immer nur auf einen Teil der Gesamtwirtschaft und der erst zum kleinen Teil erschlossenen Hilfsquellen beziehen. Im Notfalle bietet das flache Land immer noch eine Rückzugsmöglichkeit für die russische Bevölkerung.

Deutschland ist dicht bevölkert, fast überbevölkert. Auf seinem engen Raum von 500 000 qkm wohnen 65 Millionen Menschen, die sich zu zwei Drittel in den Städten zusammendrängen.

Rußland ist nur schwach bevölkert. Auf seinen insgesamt 14 000 000 qkm, also auf fast dem 30fachen Gebietsumfang des Deutschen Reiches, wohnen nur 160 Millionen Menschen.

Deutschland ist in allen seinen Teilen eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Es muß, um seine 65 Millionen zu ernähren, Lebensmittel und Rohstoffe einführen und Fertigwaren ausführen, also große Absatzmärkte für seine Erzeugnisse haben.

Rußland hat infolge seiner Ausdehnung und dem Vorhandensein aller notwendigen Rohstoffe die Möglichkeit einer in sich geschlossenen Wirtschaft. Es kann im Gegensatz zu Deutschland zur Not auf den Weltmarkt verzichten.

Und selbst dieses **Rußland** mit seinen großen Hilfsquellen leidet heute beim ersten Ausbau seiner Industrie bittere Not. Es muß einen Teil der Güter, die es zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendig braucht, zu weit unter den Herstellungskosten liegenden Preisen im Ausland absetzen, um sich die für den Ausbau der Industrie notwendige Einfuhr zu sichern. **Rußland** muß heute ebenfalls ausführen, um Devisen und Rohstoffe zu bekommen. Wieviel weniger kann **Deutschland** sich vom Weltmarkt abschließen und in einer wirtschaftlichen Verbindung mit **Rußland** Ersatz für den ausfallenden Weltmarkt suchen! Es ist einfach nicht wahr, daß **Rußland** uns mit seinen Überschüssen ernähren und bekleiden könnte. Es verfügt darüber gar nicht!

Ein Sowjet-Deutschland, gestützt auf Sowjet-Rußland, ist heute eine wirtschaftliche Unmöglichkeit!

Hier der Beweis auch in ziffernmäßigen Angaben:

1. Beweis

Deutschlands Lebensmittelversorgung

Deutschland führte an Lebensmitteln und Getränken ein:

1929	für 3825 Millionen Mark
davon aus Rußland	99
1930 (infolge der großen Wirtschaftskrise)	nur 2969
davon aus Rußland	115

Rußland hat also 1929 nur 2,6 Prozent, im Jahre 1930 nur 3,8 Prozent der deutschen Lebensmittelausfuhr geliefert! Aber selbst, wenn die gesamte russische Lebensmittelausfuhr, die sich heute auf die verschiedenen Staaten verteilt, nach **Deutschland** gelenkt werden würde, so würde damit noch lange nicht der deutsche Bedarf gedeckt werden können; denn

Rußland führte insgesamt an Lebensmitteln und Getränken aus:

1928/29	für 216 Millionen Tscherw.-Rubel, gleich zirka 470 Millionen Mark
Deutschland brauchte aber für	3823
1929/30	für 270 Millionen Tscherw.-Rubel, gleich zirka 600 Millionen Mark
Deutschland brauchte aber für	2969

Die gesamte russische Lebensmittelausfuhr beträgt also nur etwa 15 bis 20 Prozent des deutschen Bedarfs. Dabei ist aber noch gar nicht berücksichtigt, daß das natürlich zum großen Teil andere Dinge sind, als wir brauchen.

Schlußfolgerung aus 1 und 2:

Rußland ist zur Zeit nicht in der Lage, auch nur annähernd die zur Aufrechterhaltung der deutschen Produktion benötigten Rohstoffe und die zur Ernährung der deutschen Bevölkerung benötigten Lebensmittel zu liefern.

**Sowjet-Deutschland also hieße gewaltigste Not
Sowjet-Deutschland hieße Hungertod von Millionen
Sowjet-Deutschland hieße ungeheuerliche Verelendung der deutschen Arbeiterschaft
Sowjet-Deutschland ist nicht nur eine Illusion —
Sowjet-Deutschland wäre Selbstmord!**

Die auf Leichtgläubige, Gedankenlose und Unwissende berechnete kommunistische Sowjetpropaganda mit ihren Wunderbildern, die sie der Arbeiterschaft vorzaubern sucht, ist wahrhaft

ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft!

Und nun der entscheidende

3. Beweis

Die deutsche Fertigwarenausfuhr

Diese Zahlen sind besonders wichtig, da von der Möglichkeit, ihre Fertigwaren im Ausland abzusetzen, für die deutsche Industrie die Lebensmöglichkeit, für die deutsche Industriearbeiterschaft aber Arbeit und Brot abhängt. **Deutschland** führte aus an Fertigwaren:

1929	für 9832 Millionen Mark
davon gingen nach Rußland für	275
1930	für 9038
davon gingen nach Rußland für	366

Rußland hat in den Jahren 1929 und 1930 trotz seines infolge des Fünfjahresplanes besonders gesteigerten Bedarfs nur 3 beziehungsweise 4 Prozent der deutschen Ausfuhr aufgenommen.

Hätte **Rußland** aber seinen ganzen Bedarf bei **Deutschland** gedeckt, so wäre auch das nur ein winziger Teil der deutschen Ausfuhr. Denn **Rußland** führte insgesamt an Fertigwaren ein:

1928/29	für 297 Millionen Tscherw.-Rubel, gleich zirka 640 Millionen Mark
Deutschland aber führte aus für	9832
1929/30	für 550 Millionen Tscherw.-Rubel, gleich zirka 1200 Millionen Mark
Deutschland aber führte aus für	9838

Von der gesamten deutschen Fertigwarenausfuhr hätte also **Rußland**, wenn es seinen ganzen Bedarf von **Deutschland** bezogen hätte, nur 6 bis 13 Prozent aufnehmen können! Was also sollte aus der deutschen Wirtschaft werden, wenn sie — wie die KPD, es mit ihrer Parole „Sowjetdeutschland“ propagiert — sich vom kapitalistischen Weltmarkt abschließt und nur auf Sowjetrußland angewiesen wäre? Die deutsche Industrie müßte verdorren, die Arbeitslosigkeit unerhörte Ausmaße annehmen, die Nahrungsmittelversorgung wie in der Kriegszeit völlig unzureichend werden und der deutsche Arbeiter sich vielleicht mit dem siebenten oder achten Teil dessen begnügen, was er heute bekommt!

